

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Weyh. Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die materiellen und geistigen Vorbedingungen der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Wenn ein Mensch, der vor fünfzig Jahren gestorben ist, heute aus dem Grabe auferstände, so würde ihm, außer der glänzenden Entwicklung des Verkehrswezens und der Technik, vor allen Dingen der ungeheure Umschwung auffallen, der sich in bezug auf die Organisation vollzogen hat. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts galt der Grundsatz, der Organisationslosigkeit und die liberal-kapitalistische Auffassung, daß der Individualismus und die freie Konkurrenz der Welt das Heil bringen werde, beherrschte die maßgebenden Kreise. Erst langsam und ganz allmählich brach sich in den proletarischen Massen der Organisationsgedanke Bahn. Die Arbeiterschichten hatten die Segnungen der kapitalistischen Raubtierfreiheit an Leib und Seele kennengelernt und gewissermaßen instinktiv regte sich in ihnen das Gefühl für organisches Zusammenarbeiten zum Zwecke der Befreiung aus Not und Elend. Dieses instinktive Gefühl wurde von den Führern des Proletariats gepflegt und gestärkt und zu einem klaren Bewußtsein entwickelt. Immer lauter und dringender ertönte der Ruf nach einem festen Zusammenschluß der zerstückelten, in lauter Atome zerprengten Arbeiterscharen, und die Aufforderung an die Arbeiter, sich mit ihren Kameraden in Reich und Glied zu stellen und Schulter an Schulter mit ihnen den Befreiungskampf zu führen, wurde ununterbrochen wiederholt. Unter dem Wahlspruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ setzte eine eifrige, unablässige Agitations- und Organisationsarbeit ein, die den Zweck verfolgte, auch den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin in die Organisation hineinzubringen.

Offenbar ist diese Propaganda von Erfolg begleitet gewesen; wie ein fester Tropfen den Stein aushöhlt, so hat die stete Mahnung, Organisationen zu gründen, die Gleichgültigkeit und den Stumpfsinn der Arbeitermassen überwunden. Die agitatorische Tätigkeit der proletarischen Führer seit der dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist nicht vergeblich gewesen, sie hat vielmehr in immer steigendem Maße ihren Zweck erfüllt. — Wenn auch anfangs, als der Sammelruf ertönte, die verelendeten Massen nur langsam und zögernd den Weg zur Organisation fanden, wenn auch trotz aller aufgewendeten Mühe und Arbeit unsrer Pioniere aus den Anfängen der Arbeiterbewegung die Zahl der organisierten Proletarier nur klein blieb, so trat doch allgemach ein Umschwung ein, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigigte. Der harte, steinige Boden, den unsre Väter mit unfählicher Anstrengung beackert haben, fing an, reiche Blüten und Früchte zu tragen. Wo einstmalis Unkraut wucherte, da wiegt sich jetzt ein wogendes Weizenfeld im Glanze der Sommer Sonne, wo früher, um ein andres Bild zu gebrauchen, ein wirres, wüßes Durcheinander herrschte, da erblicken wir nun ein geordnetes Heer geschulter Klassenkämpfer. Immer größere Arbeitermassen scharen sich um das Banner der Organisation und die Arbeiterorganisationen schwellen zu riesigen Heerscharen an. Wo man einstmalis die Mitglieder nach Hunderten und höchstens nach Tausenden zählte, da zählt man heute nach Zehntausenden und Hunderttausenden. Besonders die Gewerkschaften bieten das Bild von Vereinigungen, die eine immer größere Anziehungskraft ausüben und immer zahlreichere Berufsgenossen in sich aufnehmen, und ihre Macht, die sich besonders in dem aufgespeicherten Vermögen ausdrückt, wird zu einem Faktor, womit Unternehmertum und Regierung rechnen müssen.

Wenn wir nach den Ursachen dieser Entwicklung von der Organisationslosigkeit zu den Massenorganisationen der Gegenwart forschen, so finden wir verschiedene Umstände, die diese Entwicklung erklären. Sie ist nicht lediglich eine Folge der Agitationsarbeit, sondern, wie jede soziale Erscheinung, ist sie das Ergebnis wirtschaftlicher und sozialgeistiger Ursachen. Es dürfte von Interesse sein, diesen Ursachen einmal nachzuspüren.

Auf den ersten Blick leuchtet ein, daß der moderne Kapitalismus, der das moderne Proletariat in seinem Schoße erzeugt hat, auch die Vorbedingungen geschaffen hat für die Massenorganisationen und damit zugleich für den proletarischen Befreiungskampf. Zunächst hat die kapitalistische Technik die Waffen geschmiedet und die Wege ebnet. Durch die geradezu märchenhafte Entwicklung des Verkehrswezens, durch die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes bis in die entlegensten Gegenden, durch Dampfschiffsverbindungen und elektrische Wagen, durch Post, Telegraph und Telefon haben wir Gegenwärtigen die Möglichkeit erlangt, an die breiten Massen des Volkes heranzukommen und sie zu bearbeiten. Durch die vervollkommnung der Buchdrucktechnik wurde diese Möglichkeit erst recht nutzbringend gemacht. Gutenberg's schwarze Soldaten erschienen auf dem Plane und nahmen den Kampf auf gegen Unwissenheit und Rückständigkeit. In zahllosen Zeitungen und Flugblättern, in Broschüren und Zeitschriften wurde der Samen des Wissens über das ganze Volk ausgestreut und in gelehrten Werken, die in populären Darstellungen in die Massen drangen, wurden Weltanschauungsfragen und die höchsten Probleme der Menschheit erörtert. So war es denn möglich, daß eine Agitationsarbeit in Szene gesetzt wurde, wie sie die Welt niemals gekannt hatte.

Wir brauchen uns nur die Verkehrsverhältnisse und die Aufklärungsmöglichkeiten früherer Zeiten auszumalen, um die Schwierigkeiten einer proletarischen Massenorganisation zu verstehen. Es bietet ja einen eigenartigen Reiz, sich einmal vor Augen zu führen, unter welchen Bedingungen zum Beispiel der alt-römische Sklavenführer Spartacus agitiert und organisiert hat. Oder man mache sich einmal klar, welche Schwierigkeiten der mittelalterliche Bauernagitator Jost Fritz, der um das Jahr 1500 lebte, zu überwinden hatte, um auch nur zehntausend Landleute zu einer Kampforganisation zusammenzuschließen. Da haben es unsre modernen Agitatoren und Organisatoren doch leichter und bequemer: in Sitzügen und Automobilen fahren sie durchs Land und in den kleinsten Orten unsres Vaterlandes reden sie zu ihren Klassenossen, mit Hilfe des elektrischen Drahtes knüpfen sie neue Verbindungen an und durch Vermittlung der Reichspost treffen sie ihre Anordnungen, in Millionen von Flugblättern legen sie ihre Absichten und Grundsätze dem Volke dar und tagtäglich bringt ihre Presse mit aufklärenden und anfeuernden Artikeln unter die Masse. Die Verkünder des neuen Evangeliums und die geschworenen Feinde der heutigen Gesellschaft halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß der Kapitalismus und der Staat ihnen bei ihren staats- und gesellschaftsfeindlichen Bestrebungen hilfreiche Hand leisten. Und diese Erwartung wird nicht getäuscht, denn das Kapital stellt seine Technik und der Staat sein Verkehrswezen auch seinen schlimmsten Feinden anstandslos, natürlich gegen eine angemessene Bezahlung, zur Verfügung. Man könnte also sagen, daß Kapital und Staat selbst die Waffen schmieden und die Wege ebnen, die ihren Untergang herbeiführen sollen.

Noch in anderer Beziehung schafft der Kapitalismus als sein eigener Totengräber die Vorbedingungen für proletarische Massenorganisationen. In den Großbetrieben hüllt er Massen von Arbeitern zusammen und pakt ihnen das proletarische Klassenbewußtsein ein, in den Industriegegenden wüffelt er die Proletarier der verschiedenen Berufe und Nationen bunt durcheinander und täuscht ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit ein, er zerstreut die Kleinbetriebe, wirft die einstmaligen Selbständigen ins Proletariat hinab und erschwert das Selbständigwerden oder macht es völlig unmöglich. Alles dies bereitet den Nährboden für ein einseitliches Zusammenwirken weiter Schichten der Arbeiter. Auch der militärische Drill, den der heutige Staat Millionen junger Leute zuteil werden läßt, trägt dazu bei, die Proletarier an Disziplin zu gewöhnen und den Organisationsgeist zu stärken. Man hat kaum eine Vorstellung davon, welchen Einfluß die militärische Schulung auf den Gedankenkreis und die Willensrichtung auch der Unterschichten ausübt und wie der Militarismus die Arbeiter an Ueber- und Unterordnung gewöhnt. Dieser Einfluß spiegelt sich eigenartiger Weise darin wider, daß der Klassenkampf den Massen als ein Ringen erscheint, das sich in militärischen Formen abspielt. Daher erklären sich auch die soldatischen Ausdrücke und Bilder in den sozialen Gebilden: die Trommel ruft zum Streite, die Fahne weht voran und der Marschschritt der proletarischen Bataillone ertönt. Zu erwähnen wäre auch noch, daß der moderne Staat in seiner straff zentralisierten Zivil- und Militärgewalt den Massen zeigt, was Organisation und Disziplin zu leisten vermögen. Hinzu kommt noch, daß auch in den kapitalistischen Betrieben, besonders in den Mittel- und Großbetrieben, immer mehr ein militärischer Geist großgezogen und gepflegt wird. Die korporative Arbeitsweise, das planmäßige Zusammenarbeiten zahlreicher Menschen in ein und demselben Raume oder in ein und demselben Werke, setzt eine Ueber- und Nebeneinanderung der Beteiligten voraus und verlangt von ihnen Eintracht und Disziplin. Die Arbeiter innerhalb eines Betriebes müssen Hand in Hand arbeiten im Interesse des Kapitals und da ergibt sich dann ganz von selbst die Notwendigkeit, daß sie auch außerhalb des Betriebes zur Vertretung ihrer Interessen zusammenhalten müssen. Die kapitalistischen Betriebe mit ihrer an militärische Formen erinnernden straffen Disziplin gewöhnen die Proletarier und Proletarierinnen an ein geschlossenes Vorgehen und an eine einheitsliche Organisation, die Konzentration des Kapitals schafft auch eine Konzentrierung des Proletariats, und wie das Kapital immer deutlicher auf sein Ziel, die Steigerung der Ausbeutung und die Aufhäufung des Profits lossteuert, so richtet sich der gemeinsame Wille des Proletariats immer deutlicher auf das ihm vorschwebende Ziel: Abschaffung des ausbeuterischen Kapitalismus und Hebung der proletarischen Lebenshaltung.

### Die Abstrafung der Christlichen.

Am 15. Mai 1891 erließ Papp Leo XIII. an die Bischöfe der römisch-katholischen Kirche ein Rundschreiben (Enzyklika) über die soziale Frage. Man nennt es, wie das bei dazugehörigen päpstlichen Erlassen üblich ist, nach den beiden Worten des lateinischen Textes die Enzyklika Rerum novarum. Sie behandelt in den einzelnen Abschnitten die Definition der sozialen Frage, die Widerlegung der sozialistischen Lehre, die Mittel zur Lösung der sozialen Frage unter Mitwirkung der Kirche, des Staates und der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — wobei an der Spitze dieser Erörterungen der Satz steht: Ohne Kirche und Religion ist die Lösung der sozialen

Frage unmöglich. Das letzte Kapitel der genannten Enzyklika beschäftigt sich auch mit den Arbeiterorganisationen. In neuerer Zeit, heißt es da, wurden die verschiedensten Genossenschaften und Vereinigungen, zumal in Arbeiterkreisen, in viel größerer Zahl als früher gegründet. Sehr viele dieser Vereine gehorchten einer „einheitslichen“ Leitung und hätten Einrichtungen, die dem Wohle der Religion und des Staates nicht entsprächen, auch seien sie darauf aus, „ein gewisses Arbeitsmonopol in ihre Hand zu bekommen und die charakterfesten Arbeiter, die den Beitritt zurückweisen, in Verlegenheit und Elend zu bringen“. Damit fähren sich christlich gesinnte Arbeiter vor die Wahl gestellt, entweder Mitglieder von Verbänden zu werden, die ihrer Religion Gefahr bringen, oder aber ihrerseits Vereine zu gründen, um mit gemeinsamen Kräften gegen jenes schmachliche System der Unterdrückung anzukämpfen.

Diese Sätze richten sich gegen die freien Gewerkschaften; in ihnen sieht der Inhaber des heiligen Stuhles staats- und glaubensfeindliche Organisationen, die noch dazu unter einer „geheimen einheitslichen Leitung“ stehen. Und um diesen „gefährlichen“ Bestrebungen mit ihren Angriffen auf Staat und Kirche, mit ihrer Vergeekung der Mitarbeiter entgegenzuwirken, sollen Arbeitervereine gegründet werden, über deren Einrichtung es in der Enzyklika heißt:

„Das religiöse Element muß dem Verein zu einer Grundlage seiner Einrichtungen werden. Die Religiosität der Mitglieder soll das wichtigste Ziel sein, und darum muß der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringen. Andersfalls würde der Verein in Wäde sein ursprüngliches Gepräge einbüßen; er würde auf gleiche Linie mit jenen Verbänden kommen, welche die Religion aus ihren Kreisen ausschließen. Was nützt es aber dem Arbeiter, für seine irdische Wohlfahrt noch so viel Wort vom Verein zu gewinnen, wenn aus Mangel an geistiger Nahrung seine Seele in Gefahr kommt.“

Wenn der Verein, so heißt es weiter, die Religion zum Fundament genommen hat, so sei damit die Richtung gegeben für die Festsetzung des gegenseitigen Verhältnisses der Vereinsgenossen und als Folge ergebe sich ein einträchtiges Zusammenleben und das Gelingen der gemeinsamen Sache. „Als wichtiges Ziel des Arbeitervereins“, erklärt dabei der Papp, „gelte stets der Einklang zwischen Arbeitern und Lohnherren in bezug auf Rechte und Pflichten“. Zur Erlebigung gegenseitiger Beschwerden zwischen beiden Parteien sollen Ausschüsse aus Arbeitern und Arbeitgeberern „mit entscheidender Geltung ihres Schiedspruchs“ gebildet werden. In den Ausständen erblickt der Papp ein Uebel, und er hält es für die Pflicht der öffentlichen Gewalt, Gegenwehr zu ergreifen:

„Denn die Zustände gereichen nicht bloß den Arbeitgebern mit samt den Arbeitern zum Schaden, sie benachteiligen auch empfindlich Handel und Industrie, überhaupt den ganzen öffentlichen Wohlstand. Außerdem geben sie erfahrungsgemäß Anlaß zu Gewalttätigkeiten und Unruhen und stören so den Frieden. Demgegenüber ist diejenige Art der Abwehr am meisten zu empfehlen, die durch entsprechende Anordnungen und Gesetze dem Uebel zuvorzukommen trachtet und sein Entstehen hindert durch Befestigung jener Ursachen, die der Konflikt zwischen den Anforderungen der Arbeitsherren und der Arbeiter herbeizuführen pflegen.“

Das ist, in möglicher Kürze zusammengefaßt, der Inhalt der vielbesprochenen Enzyklika Rerum XIII. über die soziale Frage, deren Grundgedanken auch wiederkehren in den Rundgebungen, die in der Folgezeit von päpstlicher Seite über die Arbeiterfrage erschienen. Die wichtigste davon ist die Enzyklika über die christliche Demokratie (Graves de communi genannt) vom 18. Januar 1901. Darin findet sich folgender Satz:

„Mit Abicht haben wir eben die pflichtmäßige Betätigung von Tugend und Religion genannt. Verschiedentlich wird nämlich die Anschauung geübt, die weite Verbreitung erlangt hat: Die soziale Frage habe nur wirtschaftliche Bedeutung, während doch im Gegenteil wahr ist, daß sie vor allem moralischer und religiöser Art ist und darum vor allem nach dem Sittengesetz und den Bestimmungen der Religion gelöst werden kann.“

Eben darum haben wir niemals lauthalsige Männer aufgefordert, Vereine für die Hebung der Lage des Volkes und ähnliche Einrichtungen ins Leben zu rufen, ohne daß wir gleichzeitig verlangt hätten, daß dies im Geiste der Religion, unter ihrem Geleit und mit ihrer Beihilfe geschehe.“

Papp Pius X., das jetzige Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, hat in seinem Motu proprio (Erlaß aus eigenem Antriebe) über die soziale Tätigkeit der Katholiken vom 18. Dezember 1903 die Gedanken der beiden vorerwähnten Enzykliken noch einmal zusammengefaßt und den Gläubigen zur Beachtung empfohlen. Und auf die Enzyklika Rerum novarum berufen sich auch die deutschen Bischöfe in ihrem Pastoralen (bischöflicher Erlaß an die Geistlichkeit), das sie 1900 am 22. August wider die christlichen Gewerkschaften erließen. Auf ihrem zweiten Kongreß in Frankfurt a. M. (Anfang Juni 1900) hatten die christlichen Gewerkschaften mehr Sinnigung nach der politischen und religiösen Neutralität gezeigt, als den weltlichen und geistlichen Führern der katholischen Arbeiter lieb war. Die Bischöfe wurden mobil gemacht, und diese gaben den vorerwähnten Erlaß heraus, worin es in Anknüpfung an die Ausführungen Leos XIII. über die Arbeitervereine (siehe oben) heißt:

„Ersichtlich und eindringlicher kann die unbedingte Notwendigkeit, die Arbeitervereine auf religiöser Grundlage aufzubauen, nicht betont werden. Von der treuen Wahrung der hier verhandelten Grundsätze hängt das jeckenreichere Wirken und das erspriehliche Gedeihen dieser Vereine ab. Die Religion soll den ganzen Menschen durchdringen, er genügt nicht, daß

er sah hier und da ihrer erinnert und ihrer Vorkehrungen hin und wieder hubigt; nein, sie muß sein ganzes Wesen, sein Denken und Fühlen, sein Erleben und Weiden, sein Tun und Lassen beeinflussen, sie soll sein Führer sein und der Engel, der ihn mahnt, wenn Fehltritte drohen, und ermuntert, wenn er ermattet in seiner Arbeiter-Ringen und Weiden. Die Vereinsmitglieder müssen das umgekehrt und gewohnt werden alle ihre Arbeiten, Bestrebungen und Interessen vom religiösen Standpunkt aus zu betrachten.

Das Pastorale gab dann auch die Anweisung, wie die katholischen Arbeitervereine durch die Bildung von Fachabteilungen die berufliche Organisierung und damit die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen und dabei zugleich die Gebote der Kirche nachkommen könnten. „Diese Fachabteilungen“ — heißt es in ihrem Erlaß — „werden in ihrer allgemeinen Verbreitung zugleich den Beweis liefern, daß es keine religiös neutralen Menschöpfungen (damit wären die christlichen Gewerkschaften gemeint. D. W.) bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterkraft zu wahren und zu fördern, sondern daß die katholischen Arbeitervereine befähigt und stark genug sind, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen der Mitglieder zu wahren.“

Die katholischen Arbeitervereine, die diesen Mahnungen folgten, sahen sich zu einem besonderen Verbande (Sitz Berlin) zusammen, gründeten unter Berufung auf die päpstlichen und bischöflichen Erlasse Fachabteilungen und zogen mit diesen gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde. Es begann der Kampf der Berliner gegen die M-Glabbacher, der Konfessionellen gegen die Interkonfessionellen, der Ueberkatholiken gegen die Neutralen — oder wie man sonst die beiden Richtungen bezeichnen will. Und keine Gehässigkeit und Gewalttätigkeit, die in diesem Kampf der feindseligen Brüder in Christo nicht angewendet wurde. Zu Pfingsten dieses Jahres, als der Papst die katholischen Fachabteilungen wieder mal belohlt und ermuntert, die christlichen Gewerkschaften dagegen mißbilligt hatte, erreichte der Kampf seinen Höhepunkt. Der Papst gebot Frieden und befahl, es dem „heiligen Stuhl zu überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben“. Die Christlichen, die eben noch den Gegnern von der Berliner Richtung Tod und Verderben geschworen hatten, schwiegen gehoramt und harrten des Urteilspruches von Rom.

Der Papst hat sich seiner Verheißung gemäß mit den deutschen Bischöfen bezüglich der Gewerkschaftsfrage ins Einvernehmen gesetzt, hat ihre Meinung eingeholt und unterm 24. September 1912 eine Enzyklika über die Gewerkschaftsfrage (Singulari quadam) erlassen. Sie ist an die deutschen Bischöfe gerichtet. Die Verständigung zwischen Papst und Bischöfen scheint einige Schwierigkeit gemacht zu haben, denn die „Kölnische Zeitung“ mußte zu berichten, die ursprüngliche Fassung der Enzyklika sei derart gewesen, daß sie sich gemeinert hätten, sie zu veröffentlichen. Erst am 5. November haben die Bischöfe sie ihrem Aleris bekanntgegeben, und am 10. November ist sie durch die Presse zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt. Und was sagt nun die neueste Offenbarung Roms in der Arbeiterfrage? Man höre:

Der Papst beruft sich wie üblich auf die früheren Kundgebungen des Heiligen Stuhls, wie wir sie oben erwähnt haben, und formuliert seine grundsätzliche Auffassung der sozialen Frage in dem Satz:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es sieht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr das Sprichwort der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Zweck als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insofern sie gut oder böse in sich selbst sind, d. h. insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetz übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft führen, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe bestreben. Die soziale Frage und die mit ihr verbundenen Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinzuziehung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß.

Was nun die Arbeitervereinigungen anlangt, so hat nach dem Papst diejenigen „am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereinigungen anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen folgen“. Ein Zusammenarbeiten von katholischen und nichtkatholischen Arbeitern will der Papst „unter Anwendung von Vorbehalt“ zugelassen, doch er sehe dann lieber, wenn katholische und nichtkatholische Organisationen sich miteinander verbinden mittels jener zeitgemäßen neuen Einrichtung, die man Kartell nennt.

Also grundsätzlich rein katholische Organisationen (Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen), die in allem der Kirche folgen. — Anwendung von Vorbehalt im Zusammenarbeiten von verschiedenen Organisationen. Und erst als dritte Möglichkeit das Zusammenarbeiten von katholischen und nichtkatholischen Arbeitern in einer Organisation (christliche Gewerkschaften). Mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Kirche in Deutschland verweist sich der Papst zu der Erklärung, „es läßt sich nicht ablehnen und dem Katholiken gefahrlos werden, auch jenen gewählten Vereinigungen, wie sie in einem Diözesanbezirk, sich anzuschließen, solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Verbindung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein“. Also Duldung auf Widerruf — das ist das kirchliche Schicksal der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Zum Tode verurteilt und zum Tode des Straßes verurteilt — das ist die Lage, in die sich die christlichen Gewerkschaften durch die Güte des Heiligen Vaters verurteilt sehen!

Aber sie sind nur bedingungsweise begnadigt. Sie müssen sich zur Anerkennung der Gewerkschaften, die ihren Organisationen, wie die Heiligen Lehren hervorgehen, angeschlossen, zu gewissen „Vorkehrungsmaßregeln“ verpflichten. Jedes ihrer katholischen Mitglieder muß einem katholischen Arbeiterverein angehören — es mag wollen oder nicht, damit es dort unterrichtet wird „in jenen Gebieten und Bezirken, deren genaue Kenntnis ihnen notwendig

wendig oder nützlich ist, um an den Gewerkschaften in rechter Weise und nach den Grundsätzen der katholischen Lehre sich beteiligen zu können“. Und zweitens müssen die christlichen Gewerkschaften „von allem sich fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche wie der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht im Einklang steht; ebenso ist alles in Schriften oder Reden oder Handlungen zu meiden, was aus diesem Gesichtspunkt tadelnswert ist. Darum mögen die Bischöfe es als ihre heilige Pflicht ansehen, sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Teilnahme an ihnen kein Schaden erwächst“.

Der Streik des päpstlichen Verbots auf Widerruf um den Hals genügt noch nicht, die christlichen Gewerkschaften kommen auch noch unter die bischöfliche Polizeiaufsicht. Aber damit ist die Fülle der Segnungen noch nicht auf den Höhepunkt gediehen. Es wird über sie auch noch das Einflußverbot für gewisse Gegenden ausgesprochen. Dem Papst liegt vor allen Dingen an der Ausbreitung der Fachabteilungen, deshalb lobt und ermuntert er die Berliner Richtung nach allen Kräften und betont immer wieder die Notwendigkeit, sie zu fördern und zu verbreiten, was für alle katholischen und auch solche Gegenden gilt, wo die Fachabteilungen geboten oder angebracht sind. Andererseits aber — so heißt es dann — „wäre es in keiner Weise zu billigen, in den eben erwähnten Gegenden gemischte Vereinigungen zu fördern und verbreiten zu wollen, d. h. solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen“. Die Fachabteilungen dürfen nie in die Gebiete der Christlichen eindringen und dort agitieren, aber es ist den Christlichen untersagt, umgekehrt dasselbe zu tun. Achtung, Grenzsperr!

Und noch etwas: Der Papst will, daß der Streit über die Gewerkschaftsfrage jetzt aufhöre im katholischen Lager. Wenn irgend noch eine Schwierigkeit entsteht, mögen sich die Organisationen an ihre Vormünder, die Bischöfe wenden, diese „werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von dem sie entschieden wird“. Und dann soll niemand die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in ihrer Glaubensstreue verdächtigen, andererseits wäre es „als höchst verwerflich zu tadeln, die rein katholischen Vereinigungen feindselig zu beschreiben — diese Art von Vereinigungen muß im Gegenteil auf jede Weise unterstützt und gefördert werden — und zu verlangen, daß die sogenannten interkonfessionellen Vereinigungen eingeführt werden, und sie gleichsam aufzudrängen“. — Man beachte: den Christlichen wird nur zugestanden, daß niemand sie für schlechterkatholischen halten soll. Den Berlinern aber wird auch garantiert, daß die Christlichen sie nicht „feindselig beschreiben“, d. h. ihnen agitatorisch zu Leibe rücken und ihnen das Feld freitrag machen. So verteilt der heilige Vater seine Liebe auf seine Kinder: die Fachabteiler als Schöpschindchen, die Christlichen als räudige Küter in die Ecke verweisen!

Die Gewerkschaftsenzyklika Pius' X. bedeutet einen vollen Sieg für die Berliner und die ebenso volle Niederlage für die Christlichen. Wir sind keine Freunde der Berliner; ihre Fachabteilungen sind das Herrbild einer Arbeiterorganisation, und man kann sich von ihnen, wenn es in Kampftagen den Zusammenhalt der Arbeiter gilt, der schofelsten Dinge versehen. Aber die Leute sind, wenn auch Narren, dann doch wenigstens ehrliche Narren; sie spielen nicht die Grobklappen, wie die Christlichen, die sich als die Helden der Unabhängigkeit gebärden und zusammenklappen, wenn ein gesalbter Mann mit der Stimmgabel, die sich großer Dinge im Namen von Freiheit und Recht verweisen und hinterwärts ihre kämpfenden Brüder meucheln. Es geschieht ihnen recht. Sie gehen darauf aus, der freien Arbeiterbewegung Stricke zu drehen und dertweil wird ihnen von Rom selber das schmerzstillende Galsband angelegt; in Bayern rauben sie gegnerischen Organisationen das Koalitionsrecht und dertweil nimmt Pius X. ihnen den letzten Rest von Bewegungsfreiheit. Und ehe sie es noch erreicht haben, daß die bayerische Regierung den Süddeutschen Eisenbahnerverband verbietet, ist ihnen, wenigstens für gewisse Gegenden, vom Papst dieses Los bereits selber bereitet. Es ist eine wunderliche Geschichte, daß der römische Papst es unternimmt, die christliche Streikbrechergehilfschaft abzustrafen für das, was sie an der deutschen Arbeiterbewegung betreibt — hat.

### Militarismus und Volksbildung.

Wie es mit der vielgepriesenen „Zivilisation“ der europäischen Staaten in Wirklichkeit aussieht, das kann man erst dann in voller Größe erkennen, wenn man den Aufwand dieser Staaten für die sogenannte Kriegsbereitschaft den Ausgaben für Volksbildung gegenüberstellt. Eine solche statistische Parallele ergibt dann ohne weiteres, daß diese europäischen Kulturstaaten in der Grunde genommen sich immer noch auf der Stufe niedrigerer Barbarei bewegen.

Definieren wir zunächst in leichtverständlicher Weise die Begriffe Militarismus und Volksbildung. Unter Militarismus verstehen wir die laienmäßige Ausbildung des Menschen im Waffengebrauch, um diese Waffen nicht etwa gegen wilde Tiere, sondern gegen gleichartigen angewandten. Dieser militärische Drill ist also nichts weiter als eine Vorübung zur Massenvernichtung blühender Menschenseelen. Und die Erfahrung lehrt — und der neueste Balkankrieg beweist es wieder —, daß die, die es verstehen, eine solche Masse gegen das Menschenleben recht erfolgreich zu betreiben, als „ruhmrührende Helden“ gefeiert werden. Dabei kommt es nicht darauf an, auf welche Weise diese Abschlagungen vor sich gehen. Der Kampf der Helden des Altertums, die Schlacht gegen Troja und von Angesicht gegen Angesicht kämpften, gehört eben heute ins Reich der Antike. In den heutigen „modernen“ Kriegen kommt es darauf an, möglichst viele Menschenleben zu vernichten. Das „Wie“ ist dabei nebensächlich. Es ist durch einen hinterlistigen Ueberfall, durch heimtückische Mord oder durch ein aus der Luft am schlagende Heere ausgehende Sprengmaschin gequält, oder es kann auch der Feind feindliche Soldaten, die am schnellsten laufen zu können, sich sogar ihrer Waffen entledigt haben, also völlig wehrlos sind, zu Tausenden hinterrücks niedermetzelt — alles das ist gleich „heldenhaft“ und „strategisch“ einfach „bewundernswürdig“. Der Menschenschind, der in gewöhnlichem Leben eines der vernichtungswürdigsten Verbrechen empfunden wird, wird im „modernen“ Kriege zur gigantischen heroischen Tat, und je unangenehmer eine solche Weisheit vor sich gegangen ist und je mehr Menschenleben ihr zum Opfer gefallen sind, um so bewundernswürdiger und ruhmvoller wird die Tat des schlagenden Strategen, dem diese Massenabschlachtung von Menschenleben gelungen ist.

Das ist das Wesen des modernen Militarismus. Und was bedeutet nun Volksbildung? Die planmäßige, geistige Hebung der breiten Volksschichten durch Unterricht in allen Bildungsfächern, der, je ausgedehnter und gründlicher er betrieben wird, den Aufwand je nach Alter und Geschlecht, zwischen Barbarei und Zivilisation immer mehr erweitert und allen Menschen nicht nur zu klugen und intelligenten, sondern auch wahrhaft gebildeten und vorwärts strebenden Individuen. Das ist der eigentliche Zweck der Volksbildung. Er ist höchst einfach und klar

dem Menschheitsfortschritt. Der Militarismus aber und dessen fürchterliche Konsequenz, der Krieg, bedeutet nichts anderes als die Barbarei aller Zeiten, verhärtet durch Heimeide und Hinterrück. Kann es größere Grausamkeit geben?

Und nun wollen wir uns die Summen vergegenwärtigen, die die „christlichen“ europäischen Staaten für Militarismus und für Volksbildung ausgeben. In den letzten Zahlenunterrichten soll erweisen werden, inwiefern denn eigentlich diese in falscher Annahme sich zivilisiert nennenden Staaten einen Anspruch auf eine solche Bezeichnung haben.

Die 17 namhaften christlich-europäischen Staaten geben in Friedenszeiten insgesamt jährlich 822 Millionen für Militärzwecke aus. Wohl gemerkt, in Friedenszeiten. In Kriegszeit würde sich die genannte Summe zu den dann erforderlichen Aufwänden nur wie ein launiges Wettergeld ausnehmen.

Und was geben dieselben Staaten für wahre Kultur, für die so notwendige Volksbildung aus? Etwas über den vierten Teil dessen, was sie in Friedenszeiten für den Militarismus ausgeben, nämlich 1450 Millionen! Und diese verhältnismäßig winzige Summe kommt bei weitem nicht dem wahren Volksunterricht reiflos zugute! In dieser Summe sind noch enthalten die Aufwände für die Gehilfschaft, und die Mitglieder dieses Standes beziehen zum größten Teil recht ansehnliche Gehälter, manche von ihnen verfügen über Prämien, um die sie ein Stück beneiden möchte. Der Magarener wußte seinerzeit allerdings nicht, wo er sein Haupt hinlege, die heutigen Verkünder seiner erhabenen Lehre aber lassen es sich schon hier auf Erden gut sein und betrachten ebenfalls ihr irdisches gutes Leben auf Kosten der Allgemeinheit als himmlische Vorzugsforderungen.

Und merkwürdig: Wenn man ins einzelne geht, dann findet man, daß die „frommsten“ Staaten, in denen die kirchliche Orthodoxie noch unbeschränkte Triumphe feiert, am wenigsten für die Volksbildung ausgeben. Hier scheint das kriegerische Interesse die größte Oberhand zu haben, und diese Tatsache bildet eine blutige Perle auf das Donnerwort: „Du sollst nicht töten.“

Deutschland gibt für seinen Militarismus jährlich 1112 Millionen aus, für Bildung des Volkes 372 Millionen, also dreimal mehr für Kriegszwecke als für Bildungszwecke. Oesterreich und Frankreich geben 3/4 mal soviel für den Militarismus aus als für die Volksbildung, das fromme Spanien aber hat vier, Belgien gleichfalls vier, Holland, England und Ungarn sogar 4 1/2 mal soviel Geld für militärische als für Bildungszwecke übrig. Und Italien, der Sitz des Nachfolgers Christi, braucht sogar für sein Militär 8 1/2 mal soviel als für Schulen, das barbarische orthodoxe Rußland aber beinahe 18 mal soviel für Kriegszwecke als für Bildungszwecke! Für diese hat dieses Kaiserreich nur ganze 60 Millionen übrig, für den Militarismus aber 768 Millionen! Und dieser Staat wird hierin gar noch von dem frommen Portugal übertrumpft: Diese kleine, neugeborene „Republik“ braucht für den Militarismus 49, für die Volksbildung aber gibt sie nur ganze drei Millionen aus.

Das sind die europäischen Staaten, die so ungeheuer Holz auf ihre Kultur und Zivilisation sind. Für Krieg und Barbarei werfen sie jährlich Milliarden hinaus. Man sagt dabei „diplomatisch“, das geschieht um der „Erhaltung des Friedens“ willen. Im Grunde genommen aber sind es imperialistische Raubgierigkeiten, die nur den Hauptzweck des Kapitalismus, Profit erwirken und den Gebraucht der Panzerrollenpatronen füllen. Die breiten Volksmassen aber sind gerade noch gut genug, für diese wahnwitzigen Rüstungen die Mittel aufzubringen und sich im Kriegesfälle für kapitalistische und imperialistische Gelfüste die Knochen kaputtzuschießen zu lassen.

## 2. Bericht an die dem Internationalen Sekretariat der Fabrikarbeiter angeschlossenen Organisationen.

Den Schluss in unserer internationalen Rundschau macht der **deutsche Fabrikarbeiterverband**. Er hat seine Mitgliederzahl um 2346 vermehrt. Sein Unterstützungswesen ist noch besser ausgebaut als das des österreichischen Verbandes. Neben bedeutenden Aufwendungen für erwerbslose und gemassregelte Mitglieder, Sterbegeld, Umzugsunterstützung und Rechtsschutz konnte er die Interessen seiner Mitglieder auch durch Lohnaufbesserung und Verkürzung der Arbeitszeit fördern. Die Zahl der mit ihm zum Abschluss gekommenen Tarife ist 301. Davon wurden 138 Verträge neu abgeschlossen und 43 mit neuen Vereinbarungen verlängert. Der Einfluss des Verbandes auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist unverkennbar gewachsen. Das geht auch aus seiner Bekämpfung durch die Unternehmer hervor. In der Gummiindustrie, in der Papierfabrikation und in der chemischen Industrie werden „wirtschaftsfriedliche Werkvereine“ gegründet. Diese leisten einen Teil der Unterstützung, welche der Fabrikarbeiterverband gewährt. Wer sich als Arbeiter für würdig erachtet, Mitglied dieser Unternehmerverbände zu werden, darf nicht Mitglied des Verbandes sein. Die Einnahmen dieser Arbeitervereine fließen zu einem nicht unbedeutlichen Teil aus dem Geldsack der Unternehmer. Die Absicht der letzteren ist klar: Sie wollen sich aus den Reihen der Arbeiter ein Arbeitswilligenheer mobil machen, um nicht auf die Gelegenheits-Streikbrecher angewiesen zu sein.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hat seinen Mitgliedern in einem geheimen Zirkular die Mitteilung gemacht, dass sein Sozialpolitisches Komitee mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes verfolgte. In dessen „Zunahme und Machtzuwachs“ erblicke er „eine ernste Gefahr für die Prosperität“ der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft“. Unter Prosperität versteht dieser Unternehmerverband natürlich Gewinn. Von allen Plusmachern haben jene in der chemischen Industrie den Löwenanteil. Eine Minderung des aus Schweiss, Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter destillierten Goldsegens empfinden die Herren sehr unangenehm. Daher der Kampf gegen den Fabrikarbeiterverband, der sich bereits zu einem Kampf gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausgewachsen hat, deren persönlichste Rechte mit Füßen getreten werden. Die Organisation niederringen zu wollen, bleibt ein wahnwitziges Beginnen.

Für einen Vergleich über Stärke und Leistungen unserer internationalen Bruderverbände fügen wir einige Zahlenreihen an. Die Leistungen an die Mitglieder sind recht verschieden. Einige Verbände gewähren nur Streikunterstützung. Die Entwicklung unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung und auch der deutschen Verbandes zeigt, dass ein Ausbau der Organisationsleistungen die Mehrzahl der Mitgliederzahl



schlaf der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Organisation um auf diese Weise sich bessere Verhältnisse zu schaffen, kennen diese Leute nicht. Es wäre Pflicht der organisierten Eltern, deren Töchter in diesen Fabriken beschäfigte sind, jene auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam zu machen. Die Löhne in diesen Betrieben sind mangelhaft. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiterinnen bei 11-120 Mt. pro Tag verbleiben! Bei der Firma Masler u. Söhne ist u. a. auch keine Bekleidungsabteilung vorhanden, die in einem derartigen Betriebe sehr vorzuziehen ist. Der Speiseraum der Arbeiter wird während der Arbeitszeit von Gütern, Matten, Mäusen und sonstigen Ungeziefer bevölkert. Solchen Zuständen sollte die Gewerbeinspektion energisch zu Leibe gehen.

Auch das indirekte Drucksystem, das der neugebäude Vorarbeiter im Bund mit seiner Frau treibt, steht in höchster Blüte. Die Arbeiter erhalten bei Eintritt in die Fabrik eine Geschäftsordnung, für die sie 50 Pf. bezahlen. Der Firma kommt das Geldchen vielleicht auf 5 Pf. Diese Geschäftsordnung enthält die ungeheuerlichsten Bestimmungen; natürlich nur Pflichten für die Arbeiter, aber keine Rechte. Eine Unmenge Strafen sind darin festgelegt. Alles mögliche wird bestraft; wenn zum Beispiel jemand seine Kontrollmarke verliert, ein wertloses Blechstück, so muß er 50 Pf. für eine neue bezahlen. Es tut dringend not, daß die Behörde sich einmal gründlich diese Geschäftsordnung und auch die sonstigen Verhältnisse in diesem Musterbetriebe anschaut und für Abhilfe der unwürdigen Zustände sorgt.

### Rundschau.

#### Ein internationaler Kongreß.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat beschlossen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, der sich mit der gegenwärtigen Kriegsgefahr beschäftigen soll. Dieser Kongreß wird am 24., 25. und eventuell 26. November in Basel stattfinden, und zwar in der Burgvogelshalle. Das Bureau hat die Tagesordnung für den Kongreß festgesetzt und als einzigen Punkt derselben aufgestellt: Die internationale Lage und die Vereinbarungen für eine Aktion gegen den Krieg.

#### Eine ganze Streikversammlung verhaftet.

Die streikenden Metallarbeiter der Firma Mundlos und Co. in Magdeburg wollten kürzlich im Lokal „Reißer Tisch“ eine Versammlung abhalten, in der der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Brandes, einen Situationsbericht über den Streik zu geben beabsichtigte. Es sollte dazu nicht kommen. Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Polizeikommissar mit etwa 30 Schutzkuten, um die sämtlichen Versammlungsbesucher zu verhaften! In diesem Zweck stellte sich der Polizeikommissar Schutz auf einen Stuhl und hielt eine kurze Ansprache: In der letzten Zeit seien wiederholt Belästigungen der Arbeitswilligen vorgekommen. Es bestehe der dringende Verdacht, daß sich Streikende daran beteiligt hätten. Um die Schuldigen zu ermitteln, sei er beauftragt, alle in dieser Versammlung anwesenden Personen festzunehmen. Er erjuchte jeden einzelnen, den Polizeibeamten ruhig nach dem Polizeirevier zu folgen. Die Unbeteiligten würden sofort wieder freigelassen. — Sämtliche Ausgänge des Lokals waren vorher mit Polizeibeamten besetzt worden, so daß niemand ungehindert hinaus konnte. Brandes forderte dann die Versammlungsteilnehmer auf, dem polizeilichen Maßgebenden zu folgen und ruhig mitzugehen. Nunmehr wurden in Trupps von je etwa 40 Mann die Versammelten — es waren ihrer ungefähr 400 — nach der Polizeiwache gebracht. Nur von der Stillierung des Genossen Brandes wurde Abstand genommen. — Am Früheren zu vermeiden, sei bemerkt, daß Magdeburg in Preußen und nicht etwa in Rußland liegt.

#### Ein Schlüsselwort

ist der Bürgermeister Merkel aus Neuenrath gewiß nicht. Sonst hätte er einen armen, lungenerkrankten Arbeiter kaum folgenden Brief schreiben können:

An Herr Georg Demmschütz

kurzt im katholischen Krankenhaus in Neuenrath, Kreis Wittlicher, Bezirk Erix

Neuenrath, am 14. Juni 1912.

Lieber Demmschütz!

Auf Deinen am gestrigen hier eingelaufenen Brief will ich Dir folgende Antwort zukommen lassen: 1. daß Du im Krankenhaus zu Neuenrath darmederleibst, ist uns keine Neugierde zugegangen, denn überhaupt: was ein bayerischer Staatsangehöriger in deutschen Staaten vorerst sechs Monate lang von der zuständigen Provinz unentgeltlich gepflegt werden erst dann die Heimatgenossen eintreten. 2. Wenn Du bei Deinem Arbeitgeber in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden bist, so hat die zuständige Krankenkasse Dich ebenfalls sechs Monate zu unterhalten: erst nach Ablauf dieser Zeit müßte dann die betreffende Versicherungsanstalt einzutreten haben, in diesem Fall müßte Du aber mindestens 200 geklebte Marken beim Krankheitsversicherungsschein aufweisen können. 3. Auf jeden Fall ist es für Dich und uns viel besser, wenn Du dort das halbe Jahr in Behandlung bleibst, denn bei uns müßtest Du unbedingt vor Ablauf der sechs Monate eine Kuratnahme finden. Es wäre für beide Teile am vorteilhaftesten, wenn Du die bayerische Grenze nicht mehr beresten und Deine Heimat besuchen würdest. 4. Nichts ist Dir wirklich, daß Du im Laufe des Sommers herbei kommst, so kann es Dir gleich sein, hier oder dort, was wirklich das Beste wäre. Warum dann nicht zur Mutter reisen und sich pflegen lassen? Bei uns müßtest Du doch auch nur eine Versorgung zu erwarten haben wie sie Du der Gemeinde gegenüber verbrieft hast. Wie lange so lange als möglich anwesend oder hier in Genuß kommen.

Grüß! Herr. Reichel, Bürgermeister.

Dieses ist natürlich Stempel versehen Dokument öffentlicher Liebe anerkennend der Angst der bayerischer Gemeinderat vor der Verantwortungspflicht für die in ihren Heimatverhältnisse. Der Anwalt des Briefes, dem in so unglücklicher Unselbstständigkeit von dem öffentlichen Bürgermeister seiner Heimatgenossen das Leben abgefordert wird, ist seiner lungenerkrankten und müde müde von der Gemeinde, falls er erkrankungslos in sie zurückkehren, zurückzuführen werden.

### Polizei und Gerichte.

#### § Die Arbeitswilligen dürfen einen Schlüssel.

Die Arbeit... von einigen Tagen, daß in Folge d. Festsetzung der Arbeitswilligen durch Kuppert der Schlichter Frische am 14. September als zwei anderen Schlichtern im Reichsamt Lindenhof, in dem sie sich als fremde Mitglieder eingeschrieben hatten, nämlich viel hier gearbeitet und sich dann gegen halb 2 Uhr nachts nach der Polizeiwache gab, in der sie als Streikende untergebracht wurden. Da er keinen Schlüssel zum Koffer und durch überlassen des Schlüssels. In diesem Augenblicke hat der Schlichter Frische mit noch drei Gefangenen die Straße entlang mit der eine der Begleiter Frisches sagte im Vorbeigehen der ihn unterhalten Koffer. „Du Koffer wohl nicht sein?“ „Dann sage ich Kuppert müde auf.“ „Er habe den Schlüsselgehenden nach.“ „Er hat wohl lange Zeit lang den Koffer im A... gehabt.“ „Du hast, daß sich die drei Gefangenen diese Schlüssel verhalten, eine ihrer Gefangenen die Schlüsselgehenden zwei Schlüssel auf den sechs bis zehn Minuten Koffer ab. Der zweite Schlüssel hat diesen in den Koffer die Kuppert müde auf die Koffer, die Koffer und unter Kuppert und Kuppert in der Kuppert Kuppert. Frische hat zu Kuppert und Kuppert nach wenigen Minuten.

Unter diese Bilanz dieses „möglichen Elements“ verhandelte man am 5. November das Schwurgericht in Magdeburg. In der Verhandlung wurde die Angelegenheit, daß die Angelegenheit ist, wie oben angegeben, zusammengefasst. Er will Kuppert von dem Gefangenen Kuppert und in das Gericht gebracht sein. Die Kuppert Kuppert den Kuppert die oben angegeben. Das Schwurgericht des Schwurgerichtes unterliegt diese Angelegenheit. Demnach ist der Schlüssel aus größerer Entfernung abgegeben.

Trotz alledem kam das Schwurgericht zum Freispruch des Töters und der Staatsanwalt, der sonst berufsprächtige Ankläger, hielt dem Streikbrecher die Verteidigungskredel. — Er beantragte, die Schuldfragen zu verneinen. Die beiden Zeugen hielten offensichtlich die Unschuldfrage gelagert, worfür dem Staatsanwalt als Beweis einmal kleine nebenfachliche Differenzen in deren Aussagen dienten; und zum anderen der Umstand, daß sie politische Gesinnungsgenossen des Toten seien! Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er sein Leben gefährdet wählte, da er aus seinen früheren Erfahrungen heraus all-Grund gehabt hätte, die Streikenden zu fürchten. (?) Wenn er sich vielleicht auch nicht wirklich in Notwehr befinden hätte, so doch in Futurimotivwehre (vermeintliche Notwehr). Und wenn er die Grenzen der Notwehr überschritten habe, so habe er das in Bestürzung und Schrecken getan. Geiß sei es bedauerlich, daß durch den Schuß ein jünger, blühender Mensch zu Tode gekommen sei, aber nicht den Angeklagten teile die Schuld, sondern diejenigen, die die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß man wenig waffenkundigen Leuten, wie dem Angeklagten, das Waffentragen zu ihrem Schutze habe erlauben müssen.

So der Herr Staatsanwalt. Hoffentlich war er kein „politischer Gesinnungsgenosse des arbeitswilligen Schützen. Man dürfte sonst annehmen, seine Verteidigungsrede sei von dieser Gesinnungserwandtschaft beeinflusst. Im übrigen erträgt das Urteil keinen Kommentar.

#### § „Durch Streikterrorismus vor das Schwurgericht gebracht.“

Unter dieser Bezeichnung wird in einer Anzahl bürgerlicher Blätter über die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Arbeitswilligen Sänger wegen Meineids berichtet. Es ist deshalb notwendig, kurz auf die ganze Sache einzugehen.

Bei dem Streit in der Delfabrik „Teutonia“ wurde Sänger nach zwei Tagen zum Arbeitswilligen. Darauf wollte er von den Streikenden B. und P. mit Gummihämmern geschlagen worden sein. In der Verhandlung gegen die beiden Streikenden trat Sänger als Belastungszeuge auf. Die Folge war, daß P. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In dieser Verhandlung verweigerte Sänger u. a. die seine Vorstrafen. Deshalb hatte er sich vor der Strafammer zu verantworten. Die Strafammer erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Die Verhandlung fand am 5. November statt. Am Montag, dem 28. Oktober, wurde Sänger von der Betriebsleitung der „Teutonia“ entlassen, weil er seinen Mitarbeiter Michalla, der nicht organisiert ist, ihn also nicht „terrorisiert“ hat, in den Daumen und in das Ohr gebissen hat und gedroht hatte, dem M. das Schürzeisen durch den Leib zu rennen. Am Dienstag machte S. einen ungefählichen Selbstmordversuch (vorher hatte er genau angegeben, wo man ihn finden würde). In der Verhandlung selbst beantragte der Staatsanwalt, Sänger des wissentlichen Meineids schuldig zu sprechen. Der Spruch der Geschworenen lautete auf fahrlässige Todesverletzung. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis.

Das Urteil nicht angenehm ab von dem seinerzeit gegen Schröder und Genossen in Essen gefällten Urteil, auch gegen das gegen den Arbeiter P. gefällte, der wegen angeblicher Mißhandlung des S. 4 Monate Gefängnis erhielt, trotzdem er bis zum letzten Moment seine Unschuld beteuerte. Aber Sänger wollte ihn ganz bestimmt erlitten haben. Allerdings galt Sänger zu der Zeit noch für glaubwürdig. Als Sänger auch von dem Schlichter E. beleidigt und gedroht sein wollte und auch seine Angaben bestritt, glaubte ich in das Gericht nicht mehr und sprach E. frei.

In der Verhandlung gegen Sänger bemühte sich der Verteidiger, Sänger als das Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus erscheinen zu lassen. Wie man an dem Urteil sieht, auch mit Erfolg. Wo aber bei der Sache sozialdemokratischer Terrorismus ist, wird der Verteidiger wohl nicht angeben können. Wenn wir jemand bei der Sache beschuldigen wollten, dann doch nur den Arbeitgeberverband, der 50 Mt. Belohnung aussetzte für jeden nachweislichen Fall von Arbeitswilligenbedrohung. Hat Sänger für seine Anzeigen auch die Prämien erhalten? Wenn ja, dann muß die ganze Anschuldigung des S. gegen den schwer verurteilten Arbeiter unter einem andern Gesichtswinkel betrachtet werden.

### Verbandsnachrichten.

#### Statistik. — Graue Karten.

Für Monat November sind die grauen Karten bis zum 4. Dezember einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 30. November.

Für den Monat Oktober hatten bis zum 9. November nicht berichtet:

Gau	Zahlstellen	Mitglieder		
		männlich	weiblich	zusammen
1	10	478	47	525
2	5	577	18	595
3	3	401	20	421
4	10	883	22	905
5	9	881	1	882
6	12	515	117	632
7	17	3528	533	4061
8	6	616	11	627
9	7	523	91	614
10	9	5127	2731	7858
11	8	278	40	318
12	3	141	2	143
13	8	328	17	345
14	13	548	13	561
15	13	1354	69	1423
Zusammen	133	16286	3736	20022

Som 12. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Eintrag 1000.—, Frankfurt a. d. O. 300.—, Walsheim 300.—, Ebersdorf 200.—, Rastenburg 150.—, Göttingen 7165.—, Hagen 0,90.—, Labruna 0,90.—, Leipzig 1700.—, Jersch 800.—, Göttingen 500.—, Götting 350.—, Rastenburg 350.—, Fiedrichsm 208.—, Annaburg (Bez. S.) 200.—, Kolbitz 200.—, Müllersdorf 40,70.—, Schenkerheim 15,64.—, Reuzburg 17,73.—, Merane 10.—, S. 3.—, Zwettau 700.—, Fretland i. R. 200.—, Schneidemühl 48,45.—, Göttingen 39,45.—, S. 6.—, Dresden 2000.—, Teltowhagen 1509.—, Kötzen 1000.—, Bromberg 300.—, Rastenburg 3000.—, Wustrow 1465,15.—, Sam 927,28.—, Kuppertweg 309.—, Farnen 11.—, Rostock 10.—, Barth 772,38.—, Götting 500.—, Rastenburg 8.—, Walsheim a. d. Ruhr 1.—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Weitzlingen 7.—, Eichershausen 2,70.—, Trossberg 2.—, Müllersdorf 0,50.—, Saatzleben 0,25.—, Fleuener Grund 15.—, Greifenberg i. S. 1,05.—.

Schluß: Montag, 18. November, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassier.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1912 haben eingekandt: Winterwilde, Rastorf, Geiselhöring, Taren, Breeß, Fenzberg, Ebersdorf, Schwanau, Stettin, Schiewelken, Göttingen, Freising, Müllersdorf, Schneidemühl, Witzel, Vorküsterstraße.

### Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretten in
425 971	Madalena Kirchner	1. 5. 59	9. 7. 10	München
295 661	Otto Gill	7. 10. 87	15. 12. 07	Ultona
290 680	Wanda Hög	7. 5. 89	25. 10. 07	Hamburg
492 541	Hermann Schmeider	2. 1. 83	7. 6. 11	Freiburg
220 623	Johannes Gold	28. 12. 84	9. 3. 12	Speier
Karten-Nr.				
226 348	Gustav Siekmann	20. 5. 10	1. 2. 12	Bremen
259 113	Emwig Kirchner	7. 6. 93	20. 8. 12	Rudwigshafen
182 016	Oskar Langner	31. 1. 93	8. 6. 12	Eilenberg
273 534	Johann Kana	3. 8. 78	18. 5. 12	Eilenberg
225 525	Gustav Kalbfeld	21. 2. —	10. 3. 12	Fürth

#### Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstelle  
**Hamburg.** Heinrich Brohmann, Buch-Nr. 454 212.  
**Schönebeck.** Wilhelm Galleff, B.-Nr. 433 663.  
**Freiburg.** Friedrich Uteich, Karten-Nr. 201 928.  
**Striegau.** Anna Dörlch, Buch-Nr. 367 214. Karl Bloie, Karten-Nr. 264 661. Ferdinand Stiller, Karten-Nr. 211 289.

#### Verstorbene

mit Planerischer Grund ist die Zahlstelle Freiberg.

#### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

**Göten.** August Wolter, Nr. 152.  
**Kaiserlautern.** Kassenunterstützung bei Reinhold Menge, Müllersberg Nr. 18, von 10—1 Uhr und von 5—7 Uhr.  
**Schömar.** Gustav Niehbur, Wersl. 1.

### Bilanz der Abrechnung vom 2. Quartal 1912.

Gesamt-Einnahme.	
An Kassenbestand vom vorigen Quartal	2 264 124,88 Mt.
An Eintrittsgeld	10 618,—
An Beiträgen à 55 Pf.	178 567,40
An Beiträgen à 45 Pf.	771 119,30
An Beiträgen à 25 Pf.	77 476,95
An Beiträgen à 10 und 5 Pf. nach § 6 Absatz 7	1 613,30
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	448,45
Durch Streikmarken gingen ein	113,45
An Rechtschutz zurückbezahlt	67,55
An Umzugsgeld zurückbezahlt	40,—
An Außenständen zurückbezahlt	20,—
Für Kartothekarten	181,50
Für Hilfsklassenkarten	153,—
Für Kalender	75,75
Für Broschüren	54,—
Für Korrespondenzblätter	15,—
Für Protokolle	13,15
Für Agitationsmappen	11,—
Für Inkerate	73,50
Für Einzelnummern des „Proletariers“	161,59
Für Lichtbilder-Vorträge	52,10
Von den Zahlstellen zuviel eingekandt	319,54
Sonstige Einnahmen	325,36
Summa	3 295 642,72 Mt.
Gesamt-Ausgabe.	
An Erwerbslosen-Unterstützung	259 393,57 Mt.
An Streit-Unterstützung	282 952,49
An Maßregelungs-Unterstützung	12 508,59
An Sterbegeld	18 471,50
An Umzugsgeld	10 589,63
An Rechtschutz	3 618,75
An Notlageunterstützung	851,—
An Prozenten der Wochenbeiträge	181 962,05
An Versicherungsbeiträgen	711,56
An Gehältern	12 777,21
An Entschädigung für Revisor und Revisorinnen	245,40
An Telefongebühren	61,50
An Mantogeld	25,—
Für Agitation	28 695,62
Für Druck des „Proletariers“, Nr. 14—26.	23 011,—
Für Versand des „Proletariers“, Nr. 14—26.	8 302,88
Für Druckfachen	5 281,05
Für Buchbinderarbeiten	4 096,52
Für Schreibmaschine	285,—
Für „Gleichheit“	2 214,58
Für „Oswiata“	440,25
Für „L'Operaio Italiano“	282,72
Für Schreibmaterialien	515,55
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	300,96
Für Stempel	123,20
Für Lichtbilder	34,—
Für Zeitungen und Redaktion	610,44
Für Radmaterialien	455,25
Für Bureau-Miete, Licht und Reinigung	1 429,05
Für die ausgeperrten Tabakarbeiter	31 830,40
Für Anshilfe im Bureau	450
Zuschuß an die Zahlstellen	10 179,14
In den Zahlstellen zurückbehalten	4 993,81
Zuviel eingekandtes Geld zurückbezahlt	3 187,64
Nicht eingegangene Gelder	390,91
Porto und Bestellgeld	1 920,08
Sonstige Ausgaben	69,33
Summa	912 767,13 Mt.

Summa 3 295 642,72 Mt.

Bilanz.	
Gesamteinnahme	3 295 642,72 Mt.
Gesamtausgabe	912 767,13
bleibt Kassenbestand	2 382 875,59 Mt.

Hannover, den 4. November 1912.

Aug. Breg, 1. Vorsitzender. Heint. Sack, 2. Vorsitzender  
 Frith Bruns, Kassierer.

Kranz Koch, A. Illmer, W. Bremermann,  
 Revisoren.

Durch den Vorstand können bezogen werden zu bedeutend ermäßigten Preisen:

Dr. Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften.  
 Dr. Entemann, Die Berufsvereine. 3 Bände.  
 „Korrespondenzblatt.“ 9 Jahrgänge (1891—99).  
 „Proletarier.“ 3 Jahrgänge (1909—11).  
 Protokoll vom 7. Gewerkschaftskongreß in Berlin.  
 Protokoll von der chemischen Konferenz.  
 Protokoll vom 9. und 10. Verbandstage.

## Chemische Industrie

### Ergebnisse der Statistik über gewerbliche Vergiftungen in England.

Zur gründlichen Erforschung und Bekämpfung der Gewerkrankheiten ist die Kenntnis über ihr Vorkommen und ihre Häufigkeit in den verschiedenen Gewerbebetrieben notwendig. Die Voraussetzung der Erforschung ist eine gute Statistik. Soll sie lückenlos sein, so müssen die Erhebungen amtlich und systematisch vorgenommen werden. Von erheblichem Wert ist die Anmeldung der Vergiftungsfälle durch unabhängige Ärzte. In Deutschland hat der Verband der Fabrikarbeiter diese Forderung seit Jahren energisch erhoben. Das Resultat derselben ist ein Ministerialerlass, der am 21. Juni dieses Jahres an die Regierungspräsidenten gerichtet wurde. In ihm wird darauf verwiesen, daß sich die Gewerbeinspektoren unter Berufung auf § 343 der Reichsverfahrensordnung mit den Vorständen derjenigen Krankenkassen in Verbindung setzen sollen, unter deren Mitgliedern vermutlich Vergiftungen durch Blei, Phosphor, Arsen und Quecksilber nicht nur ganz ausnahmsweise vorkommen. Das so gewonnene Material soll vorerst statistisch in den Jahresberichten bewertet werden.

Diese Arbeit wird in Deutschland reichlich spät begonnen und unter Voraussetzungen, die sie den englischen Erhebungen gegenüber ganz erheblich in Nachteil bringt. In den Statistiken der deutschen Krankenkassen — der Ministerialerlass schränkt das Erhebungsgebiet noch wesentlich ein — sind bei weitem nicht alle gewerblichen Vergiftungen der Mitglieder als solche gebucht. Dafür bürgt ja die Abhängigkeit der Betriebsärzte. So wird das Resultat der deutschen Erhebungen vorläufig flüchtig sein, zumal sie sich auch nur auf wenige Stoffe beschränken. Andre Grundbedingungen weisen die englischen Statistiken auf. Dort sind die Ärzte verpflichtet, alle vorkommenden Vergiftungsfälle und die Gewerbeart, in der sie sich ereigneten, der Behörde zu melden. Sie erhalten für jede Meldung eine Entschädigung; für unterlassene Meldungen können sie bestraft werden.

In den Berichten der englischen Fabrikinspektoren von 1910 sind die Resultate der Erhebungen von 1900 bis 1911 über Blei-, Phosphor-, Arsen- und Quecksilbervergiftungen angeführt. Es werden Vergiftungen nach 17 Betriebsarten gefordert gemeldet, ein Beweis, wie mannigfaltig die Verwendung des Bleies ist. Wir haben in untenstehender Tabelle vornehmlich die Vergiftungen herausgezogen, die in Deutschland in unserem Agitationsgebiet häufiger vorkommen. Es wurden nachfolgende Vergiftungen in 11 Jahren gemeldet:

Jahr	Bleivergiftungen in Bleiweiß-Fabriken				Phosphorvergiftung		Arsenvergiftung		Quecksilbervergiftung			
	alle Fälle	darunter tödlich	alle Fälle	darunter tödlich	alle Fälle	darunter tödlich	alle Fälle	darunter tödlich	alle Fälle	darunter tödlich		
1900	358	6	19	—	56	1	3	—	22	3	9	—
1901	189	7	14	—	56	—	4	—	12	1	18	—
1902	143	1	13	—	46	—	1	—	5	—	8	—
1903	109	2	6	—	39	1	—	—	5	—	8	—
1904	116	2	11	—	32	1	3	—	5	—	1	—
1905	90	—	10	—	57	1	3	—	1	—	8	—
1906	108	7	6	—	37	—	—	—	5	—	4	—
1907	71	—	7	—	35	1	1	—	9	—	7	—
1908	79	3	12	—	25	—	1	—	23	1	10	—
1909	82	2	10	—	39	2	3	—	4	—	9	—
1910	34	1	10	—	17	—	—	—	7	—	10	1

Der Erfolg gewerbehygienischer Maßnahmen läßt sich in fast allen Rubriken erkennen. Besonders rapid ist der Rückgang der Vergiftungsfälle in den Bleiweißfabriken. Auch in den Mennige- und Farbenfabriken zeigen die Ergebnisse eine deutliche Besserung. Schwankende Ergebnisse weisen die Phosphorvergiftungen, Arsen- und Quecksilbervergiftungen auf. Allerdings lassen sich diese absoluten Zahlen nicht umrechnen, da jede Angabe über die Zahl der Arbeiter, die mit den Stoffen in Berührung kommt,

fehlt. Immerhin zeigen die Resultate der englischen Statistik, wie berechtigt unsere Forderung ist, die ärztliche Meldepflicht für alle gewerblichen Vergiftungen nach englischem Muster einzuführen. Nur mit Hilfe solcher Materials wird es möglich sein, den die große Gefährlichkeit leugnenden Unternehmern nachzuweisen, daß Gewerkrankheiten in der chemischen Industrie noch in einer Häufigkeit vorkommen, die den weitesten Erlaß von Schutzbestimmungen und deren schärfste Durchführung rechtfertigt.

### Rentenquerschnitte in der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

Einen langwierigen und fortwährenden Kampf mit der chemischen Berufsgenossenschaft hat der schon in vorgerücktem Alter stehende Arbeiter P. geführt, um am Ende — doch nichts zu erreichen. Dieser Arbeiter hatte noch, ehe die Elberfelder Farbwerke nach Wiesdorf kamen, in der alten Fabrik von Beckhous gearbeitet und ist bei der Übernahme des Beckhous'schen Betriebes auch von den Farbwerken als Arbeiter mit übernommen worden. Von 1872 an arbeitete P. in der chemischen Industrie. 1875 erlitt er einen Unfall, wodurch er das linke Bein bis zum Knie verlor, und zwar gefährt das dadurch, daß ein Rammin einstrüzte. Unfallrente gab es damals noch nicht; von 1875, nachdem der Verunglückte durch ein Holzbein seine Bewegungsfreiheit wieder zum Teil erlangt hatte, beschäftigte ihn die Firma als Portier. Im Jahre 1900 erfolgte ein zweiter Unfall. Ein Materialzug beugerte am verschlossenen Fabrikort Einlaß. P. öffnete, und da er infolge des fehlenden natürlichen Beines nicht schnell genug ausweichen konnte, wurde er überfahren, wodurch ein Teil des Schienbeines schwer verletzt, ihm außerdem am rechten Fuß die Zehen abgefahren und verkrüppelt wurden. Von diesem Unfall an bekam P. die Hilflosenrente in Höhe von 90 M. den Monat. Bald darauf setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 62 M. jurid. Nach einiger Zeit versuchte die Berufsgenossenschaft, die Rente weiter zu kürzen und diese auf 46 M. zu kürzen. Durch Berufung und Rekurs entschied dann das Reichsversicherungsamt, daß die Rente auf 53 M. zu setzen sei. Kaum zwei Jahre nachher meldete sich die chemische Berufsgenossenschaft wieder und kürzte die Rente von 85 Prozent auf 45 Prozent herab. Wiederum erfolgte von dem Berufungsdritten Berufung und Rekurs, wonach das Reichsversicherungsamt am 12. Oktober 1912 die Rente auf 28,16 M. endgültig festsetzte, mit der Begründung, „der rechte Fuß sei frei von Schwellung, gut brauchbar, sei gut beschwächt, die Zehen seien beweglicher, auch der rechte Arm sei besser zu gebrauchen, ferner sei der Gang erheblich besser geworden. Das Obergutachten des Geh. Medizinrats Professor Dr. Garris bezog die Rente von 45 Prozent als sehr wohlwollend.“ Der Mann ist ein Krüppel im wahren Sinne des Wortes; er hat ein Holzbein, abgefahrte Zehen, steifes, verletztes Schienbein, wenig beweglichen Arm, ist also zu jeder Arbeit unfähig. Kropfem bekommt er pro Tag ganze 94 Pf. Staatsrente, — zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Das ist das Los der Opfer, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen.

### Gefahrlose Ferrosilizium.

Die VII. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz, die vom 10. bis 12. September 1912 in Zürich tagte, hat unter anderem auch beschlossen, den Regierungen folgende Leitsätze über den Verkehr mit Ferrosilizium zu unterbreiten:

1. Ferrosilizium — namentlich das auf elektrischem Wege hergestellte — entwickelt schon bei Zutritt von Luftfeuchtigkeit gefährliche Gase, besonders Phosphorwasserstoff und Arsenwasserstoff. Hierdurch sind Vergiftungs- und Explosionsgefahren zu befürchten.
  2. Um Vergiftungen und Explosionen zu vermeiden, ist das Ferrosilizium sowohl bei der Lagerung wie bei der Beförderung vor Rässe und Feuchtigkeit zu bewahren. Das Ferrosilizium, die Packgefäße und Verpackungsmittel müssen trocken, also frei von Wasser und auch Eis sein.
  3. Die Packgefäße müssen wasserdicht und so haltbar hergestellt sein, daß ihre Beschädigung bei der Beförderung ausgeschlossen ist. Unverpacktes Ferrosilizium ist nur an gegen Rässe gesicherten Orten aufzubewahren.
  4. Die Räume, in denen Ferrosilizium gelagert oder befördert wird, müssen ausgiebig zu lüften sein und andauernd gelüftet werden. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß die abgeführten Gase nicht in zum Aufenthalt vom Menschen dienende Räume gelangen können. Lokale dürfen daher auch mit Räumen, in denen sich Ferrosilizium — verpackt oder unverpackt — befindet, in keinerlei Verbindung stehen.
  5. Unternehmer und Fernfahrer, die Ferrosilizium lagern oder befördern, sind nicht nur verpflichtet, die erforderlichen Schutzmaßnahmen in einwandfreier Weise zu treffen, sondern auch die mit Ferrosilizium in Berührung kommenden Personen über dessen Gefahren zu unterrichten.
- Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß Ferrosilizium mit einem Siliziumgehalt von 30 bis 70 Prozent besonders gefährlich ist. Jedoch sind darüber hinaus bestimmte und verlässliche Angaben noch nicht vorhanden, weshalb das Bureau der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz beauftragt wurde:
- „über die Ungefährlichkeit des Ferrosiliziums mit einem Siliziumgehalt von unter 30 und über 70 Prozent und über die Möglichkeit eines Verbots der Erzeugung von Ferrosilizium mit 30 bis 70 Prozent Siliziumgehalt weitere Untersuchungen anzustellen.“

## Künstlicher Kautschuk.

Der zur Herstellung von Gummivaren benutzte Kautschuk ist ein Naturprodukt, das als Wildkautschuk und teilweise auch als Plantagenkautschuk gewonnen wird. Der von verschiedenen Pflanzenarten stammende Kautschuk ist auch in seinen Qualitäten verschieden. Die beste Sorte ist der Parakautschuk, der in den Urwäldern Brasiliens erntet wird. Weniger gute Wildkautschukarten entstammen anderen Staaten Südamerikas und einigen Kolonien Afrikas. Die Ernte des Wildkautschuks gestaltet sich infolge Arbeitermangels immer lohnloser, weil die Arbeiter an dem unheimlich, monatelang im heißen Urwald zu verbringenden Leben keinen Gefallen finden konnten und zugleich der Willkür kapitalistischer Agenten preisgegeben waren. Diese Umstände waren mitbestimmend, Kautschukplantagen anzulegen, die unweit vom Eisenbahn- und Schiffsverkehrswege billige und ausgiebige Kautschukquellen zu werden versprochen.

Wie sich die Kautschukproduktion in den letzten Jahren nach aufwärts entwickelte, zeigt folgende Tabelle. Es wurden produziert:

1903/07	68 371 Tonnen	1909/10	76 026 Tonnen
1907/08	62 376 "	1910/11	79 342 "
1908/09	71 089 "	1911/12	93 669 "

Unter diesen Mengen befanden sich 1910/11 10 000 Tonnen Plantagenkautschuk. Fachleute berechnen, daß im Jahre 1913 bereits 20 000 Tonnen, 1917 vielleicht 70 000 Tonnen Plantagenkautschuk auf den Markt gebracht werden können. Für den in Plantagen gewonnenen Kautschuk kommen als Hauptquellen die malaiischen Staaten in Siam, die Insel Ceylon und ein Teil der deutschen Kolonien in Betracht. Die Entwicklung der Kautschukplantagen in den malaiischen Staaten ist enorm. 1906 lieferten sie 2 Millionen englische Pfund Plantagenkautschuk. Diese Quantitäten werden in kommenden Jahren einer noch rapideren Steigerung fähig sein, da nach nunmehr 35jähriger Kautschukplantagenkultur die Plantagen an die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erst heranrücken.

Die zu erwartenden Plantagenkautschukmengen werden jedenfalls nicht einflußlos auf die Rohkautschukpreise bleiben, sie werden diese herabdrücken und vielleicht eine derartige Pause, wie sie das Jahr 1910 brachte, unmöglich machen. Eine andere Frage ist aufzumerken: Wird den gesteigerten Produktionsmengen ein gleich hoher Konsum gegenüber stehen? Dazu wäre zu bemerken, daß der jährliche Konsum in der Regel um 5 Prozent zunimmt. Es ist anzunehmen, daß bei rückläufigen Preisen der Konsum in stärkerem Maße steigt. Für das letzte Geschäftsjahr ist der Konsum infolge niedriger Preise erheblich gestiegen. Die Perspektiven, die sich zukünftig über den Kautschukverbrauch eröffnen, sind also für die Produzenten und Konsumenten nicht unangenehm.

Ein andres Moment, das bei günstiger Entwicklung mit ausschlaggebend zu werden scheint, ist die künstliche Herstellung des Kautschuks. Bekanntlich ist es der Chemie gelungen, einige pflanzenfarbstoffe wie Krapp und Indigo sowie eine ganze Reihe von Heilmitteln künstlich herzustellen. Die Geschichte dieser Erfindungen lehrt, daß viele Jahre erprobter Forscherarbeit notwendig waren, solche Resultate zu erzielen. Was für den künstlichen Indigo in dieser Hinsicht gilt, trifft auch für den künstlichen Kautschuk zu.

Die Anfänge der Versuche, Kautschuk künstlich herzustellen, liegen halb ein halbes Jahrhundert zurück. In den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erhielt Boucardat beim Erhitzen von Kautschuk unter Luftabzug eine leicht flüchtige Verbindung, das Sijopren, das sich unter bestimmten Umständen in eine kautschukähnliche Substanz verwandeln ließ. Eine Anzahl Forscher wiederholten das Experiment, doch gelang es ihnen nicht, das Sijopren in Kautschuk umzuwandeln. Die Mitteilungen Boucardats wurden als Zufallsbeobachtungen eingestuft und gerieten eine Zeitlang in Vergessenheit.

Vor ungefähr 5 Jahren wurden die Arbeiten im In- und Auslande von Forschern in verschiedenen Großbetrieben der chemischen Industrie und Einzelforschern wieder aufgenommen. Nachdem bereits lange vorher durch Kibbau des Kautschuks festgestellt war, daß Sijopren als Ausgangsmaterial in Betracht kam, mußte vor allen Dingen ein Verfahren erforscht werden, letzteres künstlich aus billigen Rohstoffen zu gewinnen. Schon vor 25 Jahren war es den Forschern Kondalaw, Patje und Euler gelungen, synthetisches Sijopren in ganz bestimmten Mengen — 10 respektive 5 und 2 Gramm — zu erhalten. Mit solchen geringen Quantitäten ließ sich aber absolut nichts anfangen. Es mußten von vornherein größere Mengen dargestellt werden. Im Jahre 1909 gelang den Ergebnissen von zwei Forschern, dem Engländer Perkin und dem Deutschen Pomann, zur Kenntnis der Definitivheit. Perkin stellte Sijopren aus Furfural her, Pomann gewann solches aus Zee und zwar vom Foratriol ausgehend. Nach zweijähriger Arbeit hatten Pomann und sein Assistent Couette glänzend einige Liter künstliches Sijopren erhalten.

Nun galt es, das flüssige Produkt in Kautschuk umzuwandeln. Hierüber gehen wir Pomann selbst das Wort. Er sagte in einem in Freiburg gehaltenen Vortrag:

„Das Sijopren hatten wir also; aber damit endeten unsere Sorgen nicht, nein, sie haben jetzt erst recht an, denn nun galt es, aus diesem benzolähnlichen Liquidum das zähe, elastische, netzige und gegen alle

Einflüsse so überaus widerstandsfähige Kolloid zu formen. Nichts einfacher als dieses! Im „Beilstein“ hand ja zu lesen: Sijopren geht bei der Behandlung mit Salzsäure in Kautschuk über. Das wurde natürlich sofort versucht, aber fatalerweise erhielten wir nur ölige Chloride und keine Spur von Gummi. Dann blieb uns das Licht, von dem Wallach bewiesen hat, daß es Sijopren in eine kautschukähnliche Substanz verwandelt. In solchen Injunktionsversuchen geht leider viel Geduld; wenn man auf sie wartet, so können sie einem leicht etwas auf die Nerven fallen. Nach 14 Jahren Stehens im Lichte hatte der Inhalt unserer Versuchsfasche etwa die Konsistenz einer dünnen Zuckerlösung angenommen; eine reichliche brauchbare Methode ist das auch nicht. Wir beendeten uns nach mehrmaligen Experimentieren vis-à-vis de rien! (Gegenüber dem Nichts!) D. Red.) Und nun wurden in der Verlegenheit alle möglichen und unmöglichen physikalischen und chemischen Agentien auf das arme Sijopren losgelassen, aber zu keinem Leidwesen wollte es nicht wider werden. Endlich fand ich in der Wärme die Kraft, die dieses Kautschuk fertigbrachte. Es war nicht neu, Sijopren zu erhitzen, aber der dabei erzielte Effekt war neu; denn andere Autoren hatten bei dieser Operation ölige oder höchstens harzartige Substanzen erhalten. Daß die polymerisierende Kraft der Wärme durch manche chemische Zusätze geändert werden kann, erkannten wir alsbald, fanden aber auch, daß es weit mehr Substanzen gibt, die diesen zusammenballenden Kräfte entgegenarbeiten. Im August 1909 erhielt ich den ersten durch Wärme polymerisierten Kautschuk im pharmazeutisch-wissenschaftlichen Laboratorium der Elberfelder Farbwerke, dessen Leitung mir anvertraut ist. Bereits Anfang September des gleichen Jahres überbrachte ich das neue Material dem Direktor der Continental-Gummi- und Guttapercha-Gesellschaft in Hannover, Herrn Dr. Gerlach. Diese viel erprobte Fachmann bestätigte als erster, daß in unserm Produkte wirklich Kautschuk vorliege.“

Eine chemische Untersuchung nahm im Oktober des gleichen Jahres Professor Garris in Kiel vor. Er kam zu dem gleichen Resultat. Es gelang ihm auch, das Sijopren auf einem andern Wege, nämlich in Gegenwart von Eisen, in Kautschuk überzuführen. Garris hat dann über die Herstellbarkeit des synthetischen Kautschuks weitere Versuche angestellt. Er fand, daß beim Erhitzen des Sijoprens und verwandter Verbindungen die Anwesenheit metallischer Natriums günstig auf den erhaltenen Kautschuk einwirkte. So wurde dieses Produkt ebenfalls weniger vom Sauerstoff angegriffen als natürlicher Kautschuk. Falls durch ein Verfahren die Haltbarkeit des künstlichen Kautschuks über die des Naturprodukts hinaus verbessert werden könnte, würde dieser Umstand bei der Preisfrage wesentlich ins Gewicht fallen.

## Zement- und Ziegel-Industrie

### „Streik auf der Ziegelei.“

Die Ziegelei-Unternehmer haben sich in der letzten Zeit ein stattliches Waffenarsenal zugeleitet, um der aufsprießenden Ziegelei-Organisation einen Pf auf Leben und Tod zu liefern. Zu den aufgepöbelten Waffen gehören vor allem die Kampagne-Verträge, Prämien, Arbeiterwohnhäuser, Urabstimmungen (besondere Entlassungsscheine), vaterländische Arbeitervereine, Fabrikfeste, Gebetsstunden, Denkmünzen, Bilderbogen (Diplome) und Lieferung von „geeigneter“ Unterhaltungslektüre. Aus welchem Stoff diese Unterhaltungslektüre gebraut ist, haben wir schon kürzlich an dem blöden Zeug der „Ziegelei-Zeitung“ nachgewiesen. Einen weiteren Beitrag zu diesem Kapitel lieferte vor einiger Zeit die „Tonindustrie-Zeitung“, die den Arbeitern auch des öfteren als geistige Kost dargereicht wird. Unter dem Titel „Streik auf der Ziegelei“ brachte sie eine Erzählung, der die Aufgabe zugemessen war, den Ziegeleiarbeitern das Streiken als ein zweckloses, schädliches Beginnen zu demonstrieren. Wir bringen diese Erzählung hier unverkürzt wieder:

„Es ist Freitagabend. Vor einem sauberen kleinen Häuschen am Ausgang des Dorfes S. . . . . steht eine Frau, ihr jüngstes Kindchen auf dem Arme. Die andere Kinder sind dem Vater entgegengekauft, der jeden Augenblick von der Arbeit heimkommen muß. Er ist auf einer großen Ziegelei beschäftigt, die in unmittelbarer Nähe des Dorfes liegt. Da hat ihn die Frau auch schon auf der Dorfstraße erblüht. Aber er geht nicht allein, sondern in Begleitung eines Fremden, der eifrig auf ihn einredet, während der Mann selbst ganz schweigmützig ist und den Kopf gesenkt hat. Vor der Gartentür verabschieden sie sich. Der Ziegeleiarbeiter ruft die Kinder heran, die ganz schläftrig in einiger Entfernung gesiegt sind, und begrüßt seine Frau, die ihm durch den kleinen Vorgarten entgegenkommt. Aber nicht wie sonst nimmt er das jüngste Kindchen auf den Arm, das lagend die Arme nach ihm ausstreckt. Die Frau sieht sofort, daß ihn etwas drückt, aber sie fragt nicht nach seinem Kummer, weiß sie doch, daß er das nicht liebt. Er wird ihr schon von selbst seine Sorgen anvertrauen. Und als das einfache Abendbrot verzehrt, die beiden jüngsten Kinder ins Bett gebracht und die beiden älteren noch ein bißchen in den Garten gelassen sind, da fängt er an zu erzählen.“

Ein Streik sei geplant. Ein paar junge Arbeiter, die erst vor einigen Monaten aus der Stadt auf die Ziegelei gekommen seien, hätten schon seit Wochen gehepht; längere Arbeitszeit und höhere Löhne müßte man haben, der Arbeiter quäle sich für geringen Verdienst, und der Besizer stede lachend Tausende in die Tasche. Und als dann noch ein paar Herren aus der Stadt gekommen wären und den Arbeitern der Ziegelei so schön klar gemacht hätten, wie schlecht es ihnen ginge und wieviel besser sie es haben könnten, wenn sie nur wollten, da hätten sich auch die Besessenen überzeugen lassen, und man wäre mit einer unheimlich hohen Lohnforderung an den Ziegeleibesitzer herangetreten. Natürlich wäre sie abschlägig beschieden worden, und nun wären heute wieder ein paar Herren aus der Stadt gekommen und hätten gesagt, man müßte den Herrn durch einen Streik zur Lohnherabsetzung zwingen.“

Zu all dem Arbeiter wären sofort dazu bereit gewesen, nur er und noch einige andre aus dem Dorfe, die auch schon lange Jahre ganz zufrieden auf der Ziegelei arbeiteten, hätten sich geweigert. Aber da wären sie schon angekommen. Beschämpt hätte man sie, Streikbrecher hätte man sie genannt. Einer der Herren aus der Stadt hätte ihn nun herbeigeholt und immerzu auf ihn eingeredet. Er dürfe schon seiner Frau und seiner Kinder wegen nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, sein Einkommen zu verbessern; ferner gehöre er doch dem sozialdemokratischen Verbande an, und da sei es seine Pflicht, sich seinen Kameraden anzuschließen und in den Streik zu willigen. Late er das nicht, so wäre er unruhm und wortbrüchig. Das aber hätte er sich nicht sagen lassen können, und so hätte er in den Streik willigt. Hat würden sie nicht zu leiden haben, denn der Verband würde für die nötigen Mittel zum Lebensunterhalt der Streikenden und

Ihre Familien sorgen. Und nun mußte er in die Dorfstraße, da wohnt man noch über den Streik beraten. Das war an einem Sonnabend. Am Montag früh ging kein Arbeiter auf die Ziegelei, der Streik war also wirklich ausgebrochen. In der ersten Woche ging in dem kleinen Häuschen am Kaschgang des Dorfes noch alles gut. Man hatte ja noch den Sonnabendlohn, nur daß der Mann so häufig ins Wirtshaus ging, um den Besprechungen der Streikenden beizuwohnen. Da wurde manche Matz unnützig ausgegeben, und während man sonst in jeder Woche eine ganz hübsche Summe erkräftigt hatte, konnte man diesmal fast nichts sparen. Doch der Verband würde ja nun weiter helfen. Aber die Summe, die man wöchentlich erhielt, reichte gerade nur dazu aus, die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen, für alle anderen notwendigen Lebensbedürfnisse aber blieb nichts, und man mußte zum Sparpfennig greifen, um sie befriedigen zu können. So zog die Not auch in das Häuschen des Ziegeleiarbeiters ein. Der Streik aber nahm noch immer kein Ende, denn die Verhandlungen mit dem Ziegeleibesitzer schickerten immer wieder an der Starcklosigkeit der Streikführer. Die Gesprächsreihe der Familie waren bald aufgebraucht, denn immer häufiger ging der Mann ins Wirtshaus, und was sonst nie bei ihm vorgekommen war, jetzt war es eine alltägliche Erscheinung: er kam betrunken nach Hause. Dann schämte er die Kinder und schalt seine Frau. Die aber sah müde und vergrämt am Bettchen des einen Kindes, das plötzlich krank geworden war. Gefährlich wäre es nicht, hätte der Arzt gesagt, bei guter Pflege und kräftigem Essen würde das Kind schon wieder gesund werden. Wo aber sollte sie das kräftige Essen hernehmen, hatten sie doch kaum trodenes Brot im Hause? Die Wirtshaus war der Frau gleichgültig geworden. Sie, deren Stolz es sonst gewesen war, daß Haus und Garten stets blühend und gepflegt aussahen, kümmerte sich jetzt kaum noch darum, und bald sah alles unordentlich und vernachlässigt aus. Das Glück und die Zufriedenheit der ganzen Familie waren zerstört durch diesen Streik, der nicht einmal eine zwingende Notwendigkeit gewesen war. Denn wenn man auch nicht hätte arbeiten müssen, so hätte man doch stets sein gutes Auskommen gehabt und keine Not gekannt. Eingebildet aber hatte der Streik nichts. Denn als endlich nach langen Wochen der Not und Sorge die Arbeit wieder aufgenommen wurde, da geschah es zu denselben Bedingungen und Lohnsätzen, wie vor dem Streik. Der Ziegeleibesitzer, der vorher für eine vernünftige und notwendige Lohnserhöhung sicherlich zu haben gewesen wäre, war jetzt finanziell so geschäftig, daß es ihm unmöglich war, auch nur die geringste Lohnserhöhung zu bewilligen. So hatte der Unbestand einiger gewissenloser Helfer, die weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer für den ihnen zugefügten Schaden zur Verantwortung oder zum Ersatz herangezogen werden konnten, auch hier wieder einmal, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, großes Unheil angerichtet.

Diese Erzählung entbehrt so sehr der Wahrscheinlichkeit und Natürlichkeit, daß sie ruhig als eines Scharfmachers Märchen angesprochen werden kann und von den damit beglückten großen Kindern wohl auch als solches erkannt worden ist. Es erübrigt sich daher, sie einer kritischen Würdigung zu unterziehen. An deren Stelle sei eine kleine Geschichte gegeben, die zeigt, daß es bei den „Streiks auf den Ziegeleien“ nicht immer nach den Wünschen der Scharfmacher geht.

In der Umgebung von L. waren die Ziegeleiarbeiter seit einiger Zeit ziemlich gut organisiert. Durch ihr geschlossenes Vorgehen erliefen ihre Löhne ohne Kampf bald eine wesentliche Steigerung. Nur in der Ziegelei M., in der etwa 80 Arbeiter beschäftigt wurden, konnte die Organisation trotz aller Mühe nicht Fuß fassen. Die Arbeiter dieses Betriebes stammten aus einigen Orten einer gut katholischen Gegend, und wenn sie im Frühjahr angeworben kamen, brachten sie außer ihren Rissen und Kästen auch die nötige Unterwürfigkeit mit, die alle Aufklärungsversuche fest schlagen ließ. Unsere Flugblätter wurden von ihnen zerrissen und die Verteiler beschimpft und bedroht. Sie brachten keinen Verband, meinten sie, der „Herr“ sei ein guter Mann, der werde ihnen schon geben, was sie brauchten. Und der Herr, der im Rufe eines vielfachen Milliardärs stand, war wirklich ein guter Mann. Er ließ den Sklavensinn seiner Arbeiter gründlich aus, ließ sie täglich eine Stunde länger als sonst üblich schuften und zahlte die niedrigsten Löhne. So wurden die Vätern der Arbeiter immer dümmere und der Gehsack des „Herrn“ immer voller.

Als nun die erste Lohnbewegung der umliegenden Ziegeleien in Fluß kam, spritzten auch die Arbeiter der Ziegelei M. die Ohren. Ein paar Gewissen mehr Lohn hätten sie ja auch ganz gut gebrauchen können. Denn so bedürftiglos sie auch waren, die teure Zeit ging nicht ganz unbemerkt an ihnen vorüber. Erbsen und Speck waren schon längst ihre einzigen Reservisten und wenn die Frau zu Hause nicht tüchtig milchmischte, so guldte die Sorge ständig zum Fenster herein. Aber den „Herrn“ um eine Lohnserhöhung zu bitten, getrauten sie sich nicht. Um so größer aber war die Erregung vor dem gnädigen Herrn und seinem stiefvaterähnlichen Treuhänder. Ging der Ziegeleibesitzer über die Ziegelei, so rissen sie schon von weitem die Mühe vom Kopfe, machten Stüßlinge, die an Schreiverwundungen grenzten, kurz, der Ziegeleibesitzer war der „gnädige Herr“ hinten und vorn. Auf diese Weise glaubten sie sich eine Lohnserhöhung zu erwirken. Bei jedem Lohnantrag reichten sie die Hände nach der Lohnliste, aber immer waren die gleichen kümmerlichen Gesichten darauf bezeichnet. Das wackte in den ersten Wochen einige Verdrossenheit, aber schließlich fiel ihnen der Artikel ein, der im vergangenen Winter in ihrem katholischen Volksblatt stand, in dem es hieß, daß der Unternehmer nur der Unterbeamte Gottes und der von ihm empfangene Lohn nur eine Abzinsung sei, während der eigentliche Lohn erst im Himmel gezahlt werde. Damit waren sie wieder beruhigt, trau und drab schuften sie am Tage und Staub weiter, derweilen der gnädige Herr nach einem Schicksal reifte, um sich von seinen Strapazen zu erholen.

So blieb es auch in der folgenden Kampagne. Erst im dritten Jahre, als sich die Arbeiter der übrigen Ziegeleien zum zweitenmal erheben, ihre Lohnverhältnisse verbessern zu versuchen, kam auch der Arbeiter der Ziegelei M. der Gedanke, daß man von dem Wohlwollen des „Herrn“ wieder Brot haben muß. Es kam ihnen in den Sinn, daß sie bei den teuren Zeiten auch mit dem Gehaltslohn im Himmel schließlich wirtschaften läßt, da weder der Herr noch die Lohnliste etwas davon wußten. Als dann die Lohnbewegung der Umgebung wiederum zugunsten der Arbeiter ausgefallen war, machte es einer der Arbeiter, ganz schüchtern bei dem Meister von Lohnserhöhung anzufragen. Dieser gab einen nachdenklichen Ausdruck und dann blieb wieder alles beim Alten. In den nächsten Lohnantrag wurde der Lohnzettel mit Spannung erwartet, die dann jedesmal der Enttäuschung wich. Da endlich geschah das Unerhörte. Die Arbeiter, die noch vor Jahresfrist den Verband vertrieben, wandten sich an die Verbandskasse mit der Bitte, ihnen beizustehen, da ihnen der gnädige Herr trotz seiner Willkür das Recht zum Leben verweigerte. In der nun anberaumten Versammlung, die äußerst gut besucht war, tauchte die ganze Gesellschaft fröhlich auf, als den Sachverstand wurden Punkte. Sie schloßen sich zunächst der Organisation an, ein völlig neuer Geist lag bei ihnen ein, die fetterge Kräfte wurden verschwand und Aufbebung trat an deren Stelle. Dieser ging sogar so weit, daß sie am nächsten Morgen, entgegen allen gewöhnlichen Grundsätzen und Regeln, Lohnforderungen stellten mit dem Bemerkten, sonst zum Mittag die Arbeit einzustellen.

Der „gnädige Herr“ wurde fast von der Maulstierbe-Befallen, als er dies hörte, daß die Arbeiter um etwas bitten, wollte er noch hingehen lassen, denn man braucht ja nichts zu gewöhnen; aber einfach zu fordern und mit dem Streik zu drohen, das war ihm unfaßbar. So etwas hatte er von seinen sonst so untertänigen Arbeitern nicht erwartet. Zur Geistes sah er sie schon mit Haß und Schaufel vorrücken und seine schöne Villa zerstören. Am liebsten hätte er die „ganze Bande“ zum Teufel gejagt, sie von der Ziegelei aus Betrieb und Wohnbaracken hinauswerfen lassen. Aber die beiden Ringen waren ja im Brand, was sollte dann mit denen werden! Über Nachgeben — seinen Arbeitern nachgeben, sich ihrem Willen fügen — nein, das war unmöglich, das wäre ja der Anfang vom Ende! Uebrigens war in seine Arbeiter ja erst in einer Versammlung und erst einige Stunden im Verband, ganz „verdorben“ konnten sie also noch nicht sein. Von Schulung, Disziplin, Solidarität, festem Zusammenhalten kann da noch keine Rede sein. Bei Ablehnung der Forderungen werden vielleicht einige Heißsporne in den Streik treten, die übrigen werden schon weiter arbeiten, wenn ihnen die sofortige Räumung der Wohnbaracken angekündigt wird. Und am andern Morgen werden auch die paar Streikenden wieder kommen und um gut Weiter betteln. So kalkulierte der gnädige Herr, aber die Sache kam anders.

Der Ziegeleibesitzer ließ den Arbeitern zum Beginn der Mittagspause durch den Meister mitteilen, daß er die Löhne prüfen und sehen wolle, was sich machen ließe. Diese Antwort genügte den Arbeitern aber nicht, und so zogen sie um ein Uhr statt zur Arbeit mit Saß und Pack nach dem nahegelegenen Versammlungsort. Außer den beiden Brennern, die in der ersten Versammlung nicht anwesend sein konnten, war kein Arbeiter stehen geblieben. Die Organisation nahm nun die Sache in die Hand, stellte Streikposten aus, sorgte für Unterkunft der Streikenden und baute Verhandlungen an, die aber zunächst von dem Ziegeleibesitzer hartnäckig abgelehnt wurden. Die Situation lag für die Arbeiter äußerst günstig. In den Barackenwohnungen, in denen die Arbeiter kampierten, glaubte der gnädige Herr eine mächtige Waffe gegen die unbotmäßigen Arbeiter zu haben. Durch die sofortige freiwillige Räumung derselben war ihm diese Waffe nun entzogen. Mit den Armen in der Luft herumstehend rannte er im Betriebe umher. Das Feuer in den Defen kam immer näher, die an der Bahn stehenden Waggons drängten zur Verladung, und die sonst so willigen Arbeitsbienen schwärmten draußen vor dem Lattenzaun herum. Das war zum Verzweifeln. Es gab für ihn nur zwei Möglichkeiten: entweder er mußte die Brandmauern einsehen lassen und die Defen löschen oder den Arbeitern entgegenkommen. So schnell Arbeitswillige zu dieser Zeit heranzulocken, war ausgeschlossen. Die Lösung der Defen war aber mit großen Kosten verknüpft, das ging also nicht an. Nachgeben wollte er aber auch nicht.

Es mußte also ein Mittelweg gesucht werden und den glaubte der Besitzer darin gefunden zu haben, das Feuer einige Tage zu halten, bis sich unter den ungeschulten Streikenden eine Anzahl Fahnenflüchtiger fand. Um das zu ermöglichen, wurde der Meister zum Einkarren befohlen, wobei ihm der Buchhalter behilflich sein sollte. Nun war der Ziegeleibesitzer eines jener Elemente, die der Arbeit nicht gerne weichen. Als abgedankter Unteroffizier erwartete er sich seine Ziegeleimeisterkenntnisse auf einer Ziegeleischule. Und der sollte nun den Hausmeister spielen. Es zeigte sich bald, daß er den Streikenden nicht gefährlich werden konnte. Denn bei jeder Karre voll machte er zweimal „Grobgries“, das heißt, bis er nach dem Djen kam, hatte er schon unterwegs zweimal abgeladen. Als dann der Buchhalter nebenher lief, um die Karre festzuhalten, wurde es nicht besser. Im Gegenteil, die Hüneraugen des Buchhalters kamen noch häufiger in Gefahr. Schließlich konnte der Besitzer dieses Schauspiel nicht mehr mit ansehen und legte nun selbst Hand ans Werk. Der „gnädige“ Herr zur Rechten, der Buchhalter zur Linken und der Meister in der Mitte, so kugelten sie, alle drei leuchtend und schweißend, die Karre glücklich in die Kammer. Die Streikenden, die vor dem Lattenzaun Posto gefaßt hatten, hielten sich bei diesem Anblick den Bauch vor Vergnügen.

Aber nicht lange sollten sie dieses Theater genießen; denn nach kurzer Zeit machten sich bei den drei Herren die Spuren der Arbeit bemerkbar. Der Meister hatte die Hände voller Blasen, und die beiden andern „Einarrner“ hatten sich die zarten Fingerpielen durchgegriffen. Im erstenmal merkten die Herren, daß die Ziegeleiarbeiter eine Leidenschaft ist. Sie stellten daraufhin die Arbeit ebenfalls ein, so daß der Betrieb vollständig ruhte. Nur die Brenner regulierten das Feuer. Als sich dann am folgenden Vormittag keine Streikbrecher einstellen, erklärte sich der Besitzer zu Verhandlungen mit der Organisationsleitung bereit, die denn auch eine 10prozentige Lohnserhöhung zeitigten.

So war nach anderthalbtägigem Streik das erreicht, was die Arbeiter jahrelang von dem Wohlwollen des „gnädigen“ Herrn vergeblich erhofften. Da die wöchentliche Lohnserhöhung 2 bis 2,50 Mark betrug, so ergab sich noch in derselben Kampagne eine Mehrerinnahme von 40 bis 50 Mark, die ihnen in der arbeitslosen Winterzeit sehr zufließen kam. Und diesen Erfolg hatten die Arbeiter nur ihrem einmütigen Zusammenstehen zu verdanken, das natürlich nur durch die Organisation möglich war. Die Organisation befeichtigte das gegenseitige Mißtrauen und weckte Solidarität, sie befeichtigte die Jagdbegierde und stärkte das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen, sie ließ das Gefühl der Schwäche und Ohnmacht verschwinden und machte die Arbeiter durch den Zusammenschluß stark, sie bot ihnen Schutz und Hilfe, so daß sie fühlten, es steht etwas Mächtiges hinter ihnen, Hunderttausende von Arbeitsbrüder stehen ihnen zur Seite. Und dieses Gefühl war es, das den so lange gehegten Geist der Knechtlichkeit anstößte, den Arbeiter trotz anporflammen ließ, sie zusammenschweißte zu eintätigem Handeln. Ohne die Organisation wäre weder die gemeinschaftliche Arbeitsniederlegung noch das geschlossene Ausstehen möglich gewesen, die Hoffnungen des Ziegeleibesitzers hätten sich erfüllt, und dann konnte der Gehsack wieder triumphieren.

Das haben auch die Arbeiter der Ziegelei M. begriffen und daher gelobt, der Organisation treu zu bleiben, damit sie stets in der Lage sind, die von dem „Unterbeamten Gottes“ gewährten Abschlagszahlungen zu erhöhen, wenn nicht anders, so durch einen „Streik auf der Ziegelei“.

Die gestrige Feiertage. Der Arbeiter Generalanzeiger brachte folgende folgende ergötzliche Geschichte. In einem Dorfe des Kreises Bismarck in der nächsten Nähe Rits hatten die „Bippen“, die als Saisonarbeiter auf der

vorherigen Ziegelei tätig gewesen waren, kürzlich ihre Arbeiten für dies Jahr getan und wollten wieder in ihre Heimat abreisen. Bevor die Messe angetreten wurde, teierte man mit den zurückbleibenden Landsleuten, die die geformten Steine brennen sollten; noch einmal ganz gehörig Abschied, und des Gedens und Singens wurde erst ein Ende, als der große Waggon, der die fremden Gäste mit Saß und Pack nach dem Meier Bahnhof bringen sollte, vor der Tür stand. Weit viel Hallo bestieg man das Gefährt, und dabei belam einer den Ginstall, zum letzten Mal schied die Ziegeleiarbeiter zu lassen, was denn auch ausgiebig geschah und von den Scheidenden nach Gebühr gewürdigt wurde. Selens der Dorfwehner, aber erfuhr das Gerücht eine andre, nicht beabsichtigte Deutung. Denn mit der Pfeife der Ziegelei wurden auch die Feuer-signale gegeben, und als sie zu so ungewohnter Zeit ungewohnt lange ertönte, da meinte man im Dorfe nicht anders, als daß Feuer ausgebrochen sei, und mit gewohnter Schnelligkeit räumte die Feuerwehr aus, und zwar, da nirgends ein Feuerzeichen zu entdecken war, nach der Ziegelei, wo sich denn herausstellte, daß man das Signal mißverstanden hatte. Die in ihrer Nähe, bzw. Beschäftigung gestörten Feuerwehrleute mußten es aber wenig zu würdigen, daß sie nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchten und stellten eine Anzeige wegen groben Unfugs in Aussicht. Im nahen Nachbarorte, wo man das Feuerzeichen ebenfalls gehört hatte, war die Feuerwehr gleichfalls angezogen, erhielt aber von den genasführten Kameraden die Nachricht, ihr Ausruhen sei nicht erforderlich, da den Bränden, die das Signal verursacht hätten, durch die Feuerwehr schnell beizukommen wäre.

### Die schwarzen Listen der Unternehmer.

Angeichts der wüsten Hepe gegen das Streikrecht der Arbeiter ist es anzunehmen, wieder einmal unsere Klappen durchzusehen und die Uebergriffe des Unternehmers ins rechte Licht zu rücken. Verächtlich ist ja das Treiben der Unternehmer im Industriebetrieb Mannheim-Ludwigshafen, die sich im Arbeitsnachweis ein Maßregelungsbureau schlimmerer Sorte geschaffen und durch schwarze Listen den Arbeitsnachweis zu einem Schreden der Arbeiter gemacht haben. Daß solche Institute fremde Arbeiter heranziehen und einheimische, soweit es sich um organisierte oder sonst „unbeschämte“ gewordene Arbeiter handelt, längere Zeit oder dauernd von der Arbeitsvermittlung ausschließen, wodurch nur zu häufig eine erhebliche Belastung der Gemeinden eintritt, versteht sich am Manoe. In einer in unserer Besitz befindlichen schwarzen Liste sind 18 Arbeiter aufgeführt, die sich angeblich geweigert haben sollen, zu den Sagen eines bestehenden Zarfs zu arbeiten (Sie wurden daraufhin entlassen und die zuständigen Organisation (Gasenarbeiterverband) verhängte die Sperre über die Firma.) Mit der Bitte die Genannten bis auf weiteres nicht einzustellen, unterzeichnet Dr. Keiner Derselbe Dr. Keiner fordert in einem Rundschreiben die Arbeitgeber auf, von der Einstellung 89 getrennter Arbeiter abzusehen, die unter Kontraktbruch in den Ausstand getreten sein sollen, weil ein Arbeiter entlassen sei. In diesem Briefe handelt es sich um einen Brauereibetrieb. Ein andere schwarze Liste schließt 36 Arbeiter von der Einstellung aus, weil ein Metallwarenfirmen die Arbeiter zwingen wollte, Akkordarbeit zu leisten, die dies aber von den Arbeitern verweigert wurde. Daß Dr. Keiner wieder Kontraktbruch als Maßregelungsgrund angibt, ist weiter nicht verwunderlich.

Der Vorsitzende des Arbeitsnachweises der Industriellen, Dr. Moebius, verfaßte Ende 1908 folgendes Rundschreiben:

Arbeitsnachweis der Indu, rie  
Mannheim-Ludwigshafen. (E. B.)  
Geschäftsstelle: Sedenheimer Straße 8.  
Mannheim den 25. November 1908.

An die Herren Vereinsmitglieder!  
Wir haben in Erfahrung gebracht, daß jedesmal bei Ausbruch eines Streiks die Hausarbeit und Tät. r der Streikenden, welche bisher die Hausarbeit besorgten, aber sonst ohne Beschäftigung waren, als Fabrikarbeiterinnen Beschäftigung suchen, um so auf diese Weise ihre Männer beim Streik zu unterstützen. Es dürfte sich daher empfehlen, die Arbeiterinnen bei der Einstellung nach dem Vor- und Zunamen des Vaters zu fragen und diesen in die letzte Rubrik unseres Formulars B., welches wir in der Anlage beifügen, einzutragen.  
Die Herren Vereinsmitglieder werden weiter dringend gebeten, die mit der Einstellung von Arbeiterinnen beauftragten Beamten darauf hinzuweisen, daß jede Einstellung einer Arbeiterin sofort mittels des Formulars B. dem Arbeitsnachweis mitzuteilen ist.  
Hochachtungsvoll!  
Arbeitsnachweis der Indu, rie  
Mannheim-Ludwigshafen. (E. B.)  
Dr. Moebius.

Dieser Maßregelungsversuch von Frauen- und Mädchen spricht für sich. Kommentar schwächt nur. Ganze Arbeit leistete auch die Firma Hoffmann und Engelmann, Papierfabrik in Neustadt-Schöndal. Durch Rundschreiben eines Herrn Waz in Lambrecht wurde der Wunsch der Firma den Unternehmern unterbreitet. Es heißt in dem Schreiben:  
Der erst kürzlich bei uns eingetretene Arbeiter... müßt die Zeit seines Hierseins, um seine Mitarbeiter zu versehen und Lohn-Unzufriedenheit unter denselben hervorzurufen. Infolgedessen kündigten gestern nachstehende Arbeiter, und wir setzen uns veranlaßt, den Segagator... ohne Kündigung zu entlassen.  
Folgt die übliche Aufforderung, die genannten Arbeiter, fünf an der Zahl, nicht einzustellen. Der Arbeitgeberverband verweist jedesmal auf den Kontraktbruch der Arbeiter. Die Firma Hoffmann u. Engelmann erklärt ausdrücklich, daß sie den „Segagator“ ohne Kündigung entlassen hat. Was dazu gehört, Segagator zu werden, geht aus den Löhnen der Firma hervor. 2,30 bis 2,50 Mk. pro Tag müssen eben jeden fremden Arbeiter sofort ausgeben. Das Schreiben datiert vom 4. Mai 1910. Die Arbeiter haben sich seit der Zeit bei der Firma aber noch nicht geändert, trotz des erwägten und andrer „Segagatoren“. Dieses Material mag der Regierung bei Verhängung der Strafgesetze ebenfalls zur Unterlage dienen.

### Streits sind auszuroffen!

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vermerkt natürlich mit innigem Behagen das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband. „Mit Stumpf und Stiel“ sollen nach diesem Unternehmernblatt „revolutionäre Tendenzen“ ausgerottet und „nicht im leinsten“ geduldet werden. „Hier geht es für Staat und Volk um Sein oder Nichtsein und es wäre Selbstmord, wollte man nicht einmal hier mit eiserner Faust zuschlagen“, so legt das Heftblatt in bekannter Art los. Ihm scheint aber überdem die Gelegenheit günstig, gleich „auf's Ganze“ loszugehen. Hören wir: „Es soll gewiß nicht zum Zwang erpöben werden, daß den gemeinlichen Staatsbetrieben ein besonderes Recht hinsichtlich der Arbeiterfrage eingeräumt wird. Auch sich der private Unternehmer seiner Haut wehren, so mag auch der Staat am eigenen Leibe spüren, wohin die moderne Sozialpolitik geführt hat. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Kommt die Regierung zur Einsicht, daß ein ordentlicher Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten ist mit einer im Sinne der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiterschaft, so muß sie natürlich die Konsequenzen dieser Einsicht nicht nur für sich allein, sondern für die Gesamtheit ziehen, denn schließlich kann im übrigen der Staat natürlich leichter mit allerhand Schwierigkeiten fertig werden als der einzelne Unternehmer, der dem Zertrümmern der Genossen und ihrer Anhängerschaft ohne die Hilfsmittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, preisgegeben ist. Wo aber, wie im obigen Falle, nicht nur das allgemeine Verkehrsweesen, sondern sogar der Bestand und die Sicherheit des ganzen Landes auf dem Spiele stehen, da wird man natürlich auch besondere Maßnahmen nicht nur gut heißen, sondern sie mit aller Entschiedenheit sogar fordern müssen.“ „Bestand und Sicherheit des ganzen Landes“ stehen ja nach dem Bekannten der Unternehmer bei jedem größeren Streik auf dem Spiel, also her mit der eisernen Faust, die die Streits allgemein mit Stumpf und Stiel auszuroffen!

Das hätten sich besonders die Rentierschichten merken, deren „geundete“ Köpfer sich ja den diversen Regierungen und ihren Weisungen nach dem Willen anstellen mit ihrem Streikrecht, und die glauben machen wollen, daß die Rentierschichten ein noch höheres Schicksal vor Lohnbewegungen und ihren möglichen Folgen seien als selbst die Organisierten. Deshalb die p. k. Regierungen doch nur ja die „Kämpfer“ dulden möchten usw. im unwürdigen Zeit. Gibt man aber dem Kapital den Finger, so wird gleich die ganze Hand mitgerissen, wie die Arbeiter an der Folgerung, die die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht, wieder sehen.